Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Mgdbg.-Neustadt. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7926

Nr. 221. **Magdeburg, Sonnabend, den 22. September 1900.** **11. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Mainz, 20. September 1900.

Vierter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Singer eröffnet die Sitzung.

Zunächst wird beschlossen, das Protokoll der Frauenkonferenz dem diesjährigen Parteitagsprotokoll einzuverleiben.

Stubbe-Hamburg referiert im Namen der **Beschwerdekommission.** Es wurden von ihr zwei Fälle behandelt. Dem einen lag ein Streit der Banter Parteigenossen zu Grunde. Dieser Streit war die Folge des Zwistes unter den Buchdruckern über die Frage der Tarifgemeinschaft. Im Correspondent waren Angriffe auf die Banter Parteigenossen enthalten und einige Buchdrucker, die die Urheber dieser Angriffe sein sollten, wurden als nicht mehr würdig befunden, Aemter in der Partei zu bekleiden.

Die Kommission schlägt vor, diese Buchdrucker in ihre alten Rechte wieder einzusetzen, den Banter Parteigenossen aber zu empfehlen, sich eines würdigeren Tones in ihren Polemiken zu befleißigen.

Der Parteitag beschließt dem Antrage der Kommission gemäß.

Eine zweite Beschwerde lag aus Neustadt a. d. Hardt vor. Ihr Inhalt ist so unklar, daß die Kommission Uebergang zur Tagesordnung empfiehlt.

Auch hier beschließt der Parteitag im Sinne der Kommission.

Die Diskussion über die

Verkehrs- und Handelspolitik

wird fortgesetzt.

Dr. David-Mainz: Die Reichseisenbahngemeinschaft, d. h. daß die Eisenbahnen ins Eigentum des Reiches überführt werden, ist vorläufig nicht zu verwirklichen. Diese Frage ist eine rein akademische. Dagegen ist eine Reichseisenbahngemeinschaft, bei welcher das Eigentum den einzelnen Ländern verbleibt, die Verwaltung aber preußisch centralisiert wird, bald verwirklicht. Sie liegt im Plan Miquels und diese Frage ist daher sehr aktuell. Wir Süddeutschen wollen aber davon nichts wissen, denn wir Kleinen geraten gegenüber dem großen Preußen in Nachteil. Deshalb reden wir einer süddeutschen Reichseisenbahngesellschaft das Wort. Die ganze Tarifreform in Süddeutschland wäre unmöglich, wenn die Verwaltung in Berlin centralisiert wäre. Wir können deshalb nicht zu dem Passus in der Resolution Calwer stimmen. Wir müssen vorläufig den Reichseisenbahngedanken aufgeben. Nun zur Zollpolitik. Ich kann das Calwer'sche Referat nicht so verurteilen, wie etwa Genossin Luxemburg. Solche Fragen sind nicht so apodiptisch zu entscheiden. Prinzipiell, sagt Genossin Luxemburg, muß der Sozialismus freihändlerisch sein. Selbst dieses Prinzip als richtig angenommen, können Verhältnisse eintreten, wo man Schutzzölle für angemessen halten kann. Ich meine der Gedanke, Amerika als Sonderland zu betrachten, ist nicht so falsch. Man kann für Niederreißung der Zollschranken in Europa sein, und doch Amerika gegenüber einen anderen Standpunkt einnehmen.

Bebel: Gegen einzelne Wendungen des Calwerschen Referats gegenüber Amerika müssen wir den schärfsten Protest einlegen. Die agrarische Presse wird jubeln, ihre Mühlen hat Calwer gestern gedreht. Wenn wir Calwersche Wege gehen wollten, würden wir die Gegensätze zwischen den einzelnen Nationen nur verschärfen, also gegen unser Prinzip handeln. Ich stimme der Calwerschen Resolution zu, eigne mir aber nicht seine Motivierung an. Ich habe mich aber zum Wort gemeldet, um mich gegen den Antrag Vollmar zu wenden. Wir müssen für Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich sein, es ist nicht richtig, daß damit die Verwaltung verpreußt wird. Sind die Eisenbahnen aufs Reich übernommen, so hat der Reichstag das Recht, die deutsche Verkehrspolitik zu bestimmen. Jetzt steht die Verkehrspolitik unter dem Einfluß des preußischen Junkertums. Im Reichstag kann das Junkertum aber niemals so dominieren, wie in Preußen. Jetzt gehen Waren von Görlitz nach München nicht quer durch Sachsen, sondern mit einem großen Umweg über Berlin und Thüringen auf doppelt so langer Strecke. Solche Zustände sind nicht haltbar, deshalb müssen wir Reichseisenbahnen anstreben. Diesen Satz bitte ich Sie also in der Resolution nicht zu streichen. Dagegen bin ich einverstanden mit der Streichung der ausdrücklichen Nennung des Mittellandkanals.

v. Vollmar: Der Gedanke, daß Reichseisenbahnen nicht preußische Eisenbahnen sein würden, ist reine Ideologie. Theoreme trüben den Blick für die Wirklichkeit. Calwer will die Verkehrs-Centralisation, Bebel sogar die politische Centralisation. Wir Süddeutschen stehen auf anderem Standpunkt, wir wollen nicht die preußisch-deutsche Reichsgewalt noch weiter stärken, sondern jedes Mittel benutzen, sie zu schwächen. Bebel singt das Lob des deutschen Reichstages, als ob wir dort bereits das Heft in Händen hätten, was doch noch keineswegs der Fall ist. Für die Gehälter der Beamten hat der Reichstag manches gethan, gegen die russische oder türkische Behandlung der Beamten, wie sie jetzt besonders bei der Post besteht, haben wir noch nichts thun können. Hilfe für bessere Zustände liegt allein in einer süddeutschen Reichseisenbahngemeinschaft. Ich wünschte, sie wäre schon Thatsache geworden Centralisierte Verwaltung ist gewiß das Ideal. Aber man kann sie nicht um jeden Preis wollen Reichseisenbahnen, wie wir sie gutheißen könnten, sind in weiter Ferne. Das ist vorläufig noch eine Doktorfrage. Die Annahme des Passus über die Reichseisenbahnen würde nur ein Schlag ins Wasser sein.

Dr. David-Mainz: Unser letztes handelspolitisches Maxim war nur aufgebaut auf dem Konsumenten-Interesse, nicht auf dem Produzenten-Interesse. Wenn wir die Parole anerkennen: höhere Löhne, so stellen wir uns auch auf den agrarischen Standpunkt: höhere Preise. Ich halte es für eine historische Unmöglichkeit, die nationale Sammelpolitik zu unterstützen. Deshalb kann ich dem Referat Calwers nicht zustimmen. Bebel erwidere ich, wenn man Fortschritte in der Verkehrspolitik haben will, kann man dem Passus über die Reichseisenbahnen nicht zustimmen. Hindern Sie die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft nicht Vielleicht läßt sich über diese zu einer Reichseisenbahngemeinschaft in unserem Sinne kommen.

Bebel: England hat mit Freihandel hohe Löhne, Rußland mit Schutzzöllen niedrige Löhne. Auf die Ursachen will ich aber nicht eingehen, sondern nur die Reichseisenbahnenfrage behandeln. Die Frage ist durchaus nicht bloß theoretisch, wenn unsere Theorie auch den Weg der Reichseisenbahnen weist. Es liegen schon praktische Ansätze vor. In Württemberg und Baden soll man einer Verbindung mit Preußen nicht so abgeneigt sein. Nur Bayern verhält sich gänzlich ablehnend. Vollmar sagt, wir können nicht Preußen stärken. Ich sage ganz offen, ich habe es lieber mit einem als mit 23 zu thun. Kann ich die 22 wegbringen, ich thue es mit Vergnügen (Heiterkeit.) Wir haben im Reichstage eine nicht zu unterschätzende Macht und können dort viel für den Gedanken der Centralisation der Verkehrspolitik wirken.

Ulrich-Offenbach: Wir Hessen haben in der Eisenbahnfrage das Versuchskaninchen abgegeben und bedauern diese Rolle außerordentlich. Wir sind eisenbahnlich nicht nur die Vasallen, sondern die Knechte Preußens geworden. Wir können nicht die kleinste Nebenbahn ohne die Zustimmung Preußens bauen.

Hug-Bant weist darauf hin, daß die Arbeiter in dem wirtschaftlichen Ausschuß nicht vertreten sind. Jedes kleine Unternehmerverbändchen ist zugezogen worden, die Arbeiter sind gänzlich übergangen worden. Dagegen muß ganz energisch auch von dieser Stelle protestiert werden. Die Arbeiter haben sich eine ansehnliche Macht erobert. Die Gewerkschaftsbewegung hat gute Fortschritte gemacht, die Metallarbeiterzeitung hat heute ihren hunderttausendsten Abonnenten erreicht. (Bravo.) Das ist ein bedeutsames Ereignis, dessen wir hier gedenken müssen.

Adolf Geck-Offenburg erklärt sich für die Calwersche Resolution in vollstem Umfange. Wir haben nichts gegen Reichs-Eisenbahnen. Die Lage der Bahnangestellten ist im Musterländle Baden noch schlechter als in Preußen. Eine Konzentration des Betriebes kann da nur Vorteil bringen. In Baden bestehen geheime Listen und die Leute werden entlassen, ohne daß sie erfahren, warum. Wir haben keine Veranlassung, uns für den gegenwärtigen Zustand zu erwärmen.

Molkenbuhr-Hamburg: Niemand hat den Versuch gemacht, zu beweisen, daß die jetzigen schlimmen preußischen Zustände nicht zum Reichseisenbahnsystem führt. Die Schutzzollpolitik bringt eine Verteuerung der Lebenshaltung, aber keine höheren Löhne.

Leutert-Apolda wendet sich gegen die Calwersche Ausführung. Die Meistbegünstigung kann Amerika nicht verweigert werden. Durch die Mac Kinley-Bill ist der thüringischen Textilindustrie sehr geschadet worden. Die Mac Kinley-Bill war aber nur die Antwort auf unsere deutsche Hochschutzzollpolitik. Also haben wir den Rückgang unserer Textil-Industrie nur unserer Schutzzollpolitik zu danken.

Dr. Schönlank-Leipzig: Die Frage der Eisenbahncentralisation ist auf lange Zeit eine theoretische und akademische. Bebel steht auf centralistischem, Vollmar auf föderalistischem Boden. Reichseisenbahnen können wir nur in einem demokratischen Deutschland wünschen. Um solche ungelegte Eier brauchen wir uns heute nicht zu kümmern. Den Gedanken der Verstaatlichung der Betriebe soll man gerade heute nicht weiter propagieren. Wenn jetzt etwas vom Reich übernommen wird, haben immer einzelne Landesteile die Nachteile. Bei der Reichsmilitärstrafprozeßordnung hat Bayern eine ganze Anzahl guter Bestimmungen drangeben müssen. Ich bitte also, den Passus über die Reichseisenbahnen zu streichen.

Die Diskussion schließt hiermit.

Calwer erhält das Schlußwort: Es ist nicht viel Uebereinstimmung zu meinem Referat geäußert worden. Aber ich muß doch sagen, man ist dem eigentlichen Kern der Frage doch aus dem Wege gegangen. Den Kern der Frage sehe ich darin, daß wir bei der starken Schutzzollströmung Gefahr laufen, durch gänzlich ablehnende Stellung zu höheren Schutzzöllen gelangen, als wenn wir teilweise für Schutzzölle eintreten. Aus dieser Auffassung heraus bin ich gegen die Meistbegünstigung gegenüber Amerika aufgetreten. Genossin Luxemburg hat sich ganz besonders gegen diese meine Auffassung gewandt. Ich will ihr nicht in ihrer Art antworten. Erstens ist sie eine Dame, dann verbietet mir meine Bildung überhaupt, einen derartigen Ton anzuschlagen (Sehr gut.) Ich will ihr also rein sachlich antworten. Sie steht doch auf dem Standpunkt Karl Kautzkys. Dieser aber hat erst jüngst in der Neuen Zeit ausgeführt, daß in den letzten zwei Jahren doch zwei Momente aufgetreten sind, die die schutzzöllerische Strömung zu unterstützen geeignet sind: die amerikanische Konkurrenz und der Niedergang der Konjunktur. Ich habe die Frage gestellt, ob es nicht besser ist, in Europa die Schutzzollmauern möglichst niederzureißen, uns gegen Amerika abzuschließen und das scheint mir noch jetzt sehr erwägenswert. Bebel sagt, die Agrarier werden darüber jubeln. Zu solchem Jubel ist kein Anlaß, denn betreten wir den von mir vorgeschlagenen Weg, so machen wir ihren Ruf nach einem hohen autonomen Zolltarif sofort zu nichten. Genossin Luxemburg führte unser Prinzip der Internationalität ins Feld. Dieses Prinzip ist gewiß sehr schön. Wenn aber eine Nation, wie Amerika, nur auf Kosten der andern Nationen leben will, so schadet es nicht, wenn man diese Nation zu einem internationalen Ausgleich zwingt. Ledebour hat vor dem Zollkrieg so graulich gemacht. Ich bin der letzte, der den Schaden eines Zollkriegs leugnen wollte, aber ich glaube nicht an den Zollkrieg. Er ist schneller an die Wand gemalt, als durchgeführt. Amerika ist auch auf uns angewiesen. Wir können ihm die Zähne zeigen. Je länger wir damit warten, desto mehr wächst es uns über den Kopf. Wir sind Amerika gegenüber im Zustand der Abwehr. Wenn wir die Meistbegünstigung aufheben, so ist das eine Repressivmaßregel, aber kein Angriff.

Man hat vielfach gesagt, meine Resolution stehe in schroffem Widerspruch zu meinem Referat. (Sehr richtig!) So ganz ist das nicht richtig. Ich habe an die Spitze meiner Resolution die Fortführung der Handelsvertragspolitik gesetzt. Nun sage ich, wenn wir die Meistbegünstigung gegen Amerika fallen lassen, haben wir die Aussicht, zu neuen Handelsverträgen zu kommen, lassen wir die Meistbegünstigung nicht fallen, dann laufen wir Gefahr, statt der Handelsverträge einen hohen autonomen Tarif zu bekommen, und diese Möglichkeit will ich vermeiden.

Von den Anträgen Vollmar will ich den einen, der die besondere Nennung des Mittellandkanals verwirft, annehmen. Die Streichung der Reichseisenbahnen kann ich nicht acceptieren. Ich kann mir die Entwicklung nicht anders denken. Die Anträge Luxemburg bitte ich abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Calwer mit dem Zusatze von Rosa Luxemburg und des Antrags Vollmar auf Streichung der besonderen Nennung des Mittellandkanals angenommen. Der Antrag Vollmar auf Streichung des Passus über die Reichseisenbahnen wird abgelehnt.

Es folgt der Punkt

Beteiligung an den Landtagswahlen.

Hierzu liegen folgende Anträge vor, zunächst die Resolution des Referenten Bebel:

Der Parteitag wolle beschließen:

In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation eingetreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbeteiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß infolge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwieweit hiernach die Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Zu dieser Resolution haben Hoffmann-Berlin und Genossen folgenden Zusatz beantragt:

Am Schlusse der Resolution ist der letzte Satz, beginnend „Ohne dessen Zustimmung" bis Schluß zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

„Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmannskandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig."

Die Parteigenossen in Breslau und Oberlangenbielau beantragen: Der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preußischen Landtagswahlen. Weiter möge der Parteitag durch entsprechenden Beschluß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Wahlmänner mit solchen anderer Parteien gestatten zum Zwecke sowohl der Erlangung sozialdemokratischer Abgeordnetenmandate wie der möglichsten Schwächung der jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus dominierenden reaktionären Parteien. Die oberste Leitung der Wahlgeschäfte möge der Parteitag dem Parteivorstand bezw. einem besonders zu wählenden Komitee übertragen.

Die Parteigenossen des Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburger Kreises beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preußischen Landtagswahlen.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. O. beantragen: Der Parteitag macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Die Parteigenossen in Essen a. R. beantragen: Den Parteigenossen zu empfehlen, dort, wo irgend welche Vorteile für die Partei zu erringen seien, sich selbständig an der Landtagswahl zu beteiligen.

Die Parteigenossen in Bochum beantragen: Die Regelung der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen hat in der Weise zu geschehen, daß ein Central-Wahlkomitee (eventuell Parteivorstand) auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Wahlen die Wahlkreise bestimmt, die sich an der Wahl zu beteiligen haben. Das Central-Wahlkomitee hat auch die Verhandlung mit den gegnerischen Parteien zu leiten. Die Beteiligung hat nur durch die Wahl eigener Wahlmänner stattzufinden und hat sowohl die Stärkung der bürgerlichen Opposition als auch die Erlangung eigener Mandate zum Zweck.

Die Parteigenossen in Krefeld beantragen: Beteiligung an den Landtagswahlen. Aber nur in der Weise, daß überall sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden. Wo sich nicht genügend Wahlmänner finden, hat die Beteiligung zu unterbleiben.

Die Parteigenossen des Kreises Nieder-Barnim beantragen: Die Entscheidung, ob eine Beteiligung an der preußischen Landtagswahl vorzunehmen ist, ist dem einzelnen Wahlkreise zu überlassen.

Die Parteigenossen in Wiesbaden und Chemnitz beantragen: Der Parteitag wolle sich für Beteiligung an den Landtagswahlen aussprechen.

Außerdem liegt folgende Resolution Dr. Quarck-Frankfurt a. M. vor:

Auch in denjenigen deutschen Staaten, in denen das Dreiklassenwahlgesetz besteht, beteiligen sich die Parteigenossen an den Landtagswahlen. In Preußen bildet der Parteivorstand das Centralwahlkomitee.

Referent Bebel: Wir sind in der sonderbaren Lage, zum vierten Male auf vier aufeinander folgenden Parteitagen über dieselbe Frage zu verhandeln. Wir haben dreimal hinter einander unseren Standpunkt korrigieren müssen. Hoffentlich wird er nun endgültig festgelegt werden. Ueber die Frage selbst kann ich Neues beim besten Willen nicht beibringen. Ich bin der Meinung, wir müssen in den Landtag eindringen, und da dies ohne Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien nicht angeht, so müssen wir in dieser Hinsicht in Preußen dem Vorgange Bayern und Badens folgen. Wollten wir die heute vorgelegte Resolution Hoffmann-Berlin annehmen, so machen wir einfach die Wahlbeteiligung unmöglich. (Sehr richtig!) Ich habe eine Resolution Ihnen vorgeschlagen, die ausdrücklich als einzigen Grund für eventuelle Nichtbeteiligung die Wahrscheinlichkeit von Maßregelungen anerkennt. Damit ist es unmöglich gemacht, daß in Zukunft irgend ein sächsischer Wahlkreis die Beteiligung ablehnt. Das darf überhaupt nicht einreißen, daß die einzelnen Wahlkreise in ihrem Belieben es haben, sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen oder auch nicht

Bei der letzten preußischen Landtagswahl fand bereits an einigen Orten Wahlbeteiligung statt. Aus dem Ausfall derselben darf man indessen noch keine Schlüsse ziehen, denn es ist klar, daß die Beteiligung auch am Ort selbst ein ganz anderes Gesicht zeigt, wenn die Partei in ihrer ganzen Linie in Aktion getreten ist. Wie wir eigentlich in Preußen stehen, welche Chancen wir haben, das wissen wir noch nicht. Nur das ist klar, daß das jetzige System der Drittelung innerhalb der einzelnen Wahlkreise für uns erheblich günstiger ist, als der frühere Zustand. Bei geschickter Operation können wir z. B. in Berlin auch einen großen Teil der Wähler zweiter Klasse gewinnen.

Ueber die Bündnisfähigkeit der bürgerlichen Parteien gebe ich mich keinen Illusionen hin. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre waren trübe. Immerhin muß einmal ein ehrlicher Versuch gemacht werden. Mißlingt er, so werden auch die Anhänger der Beteiligung ihren Standpunkt aufgeben. (Ledebour: Sehr erfreulich!) Trotz aller böser Erfahrungen mit den bürgerlichen Parteien dürfen wir aber nicht von vornherein auf eine einmalige Probe verzichten. Ich bitte Sie also, meine Resolution anzunehmen und alle hierzu gestellten Abänderungsanträge abzulehnen. Man hat auf die unerfreulichen Nebenerscheinungen hingewiesen, die die Beteiligung in Baden gezeitigt hat.

Aber dergleichen wird eben dadurch in Zukunft verhindert werden, daß der Parteivorstand als Centralwahlkomitee über Kompromisse zu befinden hat. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß meine Resolution möglichst einstimmige Annahme finden wird. (Lebhafte Zustimmung.)

In der Diskussion nimmt zunächst das Wort

Singer: Ich kann dem Wunsche meines Freundes Bebel nicht folgen. Von einer einstimmigen Annahme der Resolution kann nicht die Rede sein. Wenn ich die Hoffnung haben dürfte, daß bei einer selbständigen Beteiligung der Partei Mandate zu erobern wären, ich würde der lebhafteste Freund der Beteiligung sein, aber den Weg, den Bebel zur Erringung der Mandate vorschlägt, kann ich nicht gehen. Den politischen Kuhhandel mache ich nicht mit. Es liegt mir bei diesem Wort ein persönlicher Vorwurf gegen Bebel fern. Der Gewinn, der durch die Erringung von ein paar Mandaten erreicht wird, wiegt den Schaden nicht auf, den ich im Verlassen unserer alten bewährten Taktik erblicke. Die Zahlen Bebels, deren Richtigkeit ich nicht anfechte, sind für mich nicht beweisend. Wir können nirgends ohne Kompromisse auskommen, aber es ist etwas ganz anderes, ob ich bei den Reichstagswahlen in der Stichwahl für einen Freisinnigen oder in der Stichwahl bei Landtagswahlen als Wahlmann für einen Freisinnigen stimme, oder ob ich als Urwähler einen freisinnigen Wahlmann wähle. Stimmen sozialdemokratische Urwähler gleich für Freisinnige, so ist nicht einmal zu eruieren, wie groß unsere Stimmenzahl ist. Ich bin gegen jede Beteiligung, in der Vorabstimmung werde ich aber versuchen, wenigstens die selbständige Beteiligung durchzusetzen und für den Zusatz Hoffmann stimmen.

Adolf **Geck**-Offenburg verweist auf das von ihm verbreitete Flugblatt, in welchem er unerfreuliche Nebenerscheinungen schildert, die in Baden Bündnisse mit bürgerlichen Parteien im Gefolge gehabt haben. Er ist kein Gegner der Beteiligung, aber er hält das Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien für schwierig. Es hieße sozusagen eine morganatische Ehe mit bürgerlichen Elementen eingehen, die wieder gelöst wird. (Ledebour ruft: Aber die Folgen nach 9 Monaten! Heiterkeit.) Wenn die Versuchung an Sie herantritt, Kompromisse zu schließen, dann denken Sie an Baden. (Teilweiser Beifall.)

Meist-Köln erklärt sich gegen die Beteiligung. Die Folge würde nur eine Verwischung der Kampfgrenze sein und eine heillose Konfusion in unseren eigenen Reihen. In meinem Wahlkreis Lennepp-Mettmann besteht bei uns für die Freisinnigen keine Sympathie. Bebel könnte bei uns mit Engelszungen reden, er würde es nicht zu einem Kompromiß mit dem Freisinn bringen.

Ledebour-Dresden: Wir wünschen selbstverständlich eine Vertretung im preußischen Landtage, aber den Weg Bebels halten wir für gefährlich und deshalb sind wir Gegner der Beteiligung. Wird aber die Beteiligung beschlossen, so müssen die Genossen des betreffenden Landtagswahlkreises, nicht des vielfach mit dem Landtagskreis nicht indentischen Reichstagswahlkreises die Bestimmungen über die Wahlleitung haben. Wir sind gegen Kompromisse, denn wir sind überzeugt, daß es ohne solche Dinge, wie sie in Baden passiert sind, nicht zu umgehen ist. In Sachsen sind wir insoweit besser daran, daß eine Sozialdemokratie, die nach Bündnissen mit bürgerlichen Parteien hausieren geht, keine Partei findet, die Bündnisse mit ihr machen würde. Der Freisinn nimmt lieber für den reaktionärsten Antisemiten, als für uns, und so die Nationalsozialen werden, nachdem sie das Hunnenpanier aufgepflanzt haben, nicht geneigter geworden sein, mit uns zu paktieren. Wir fordern deshalb mindestens Selbständigkeit unserer Partei bei der Wahlbeteiligung.

Hierauf tritt die **Mittagspause** ein.

* * *

(Nachmittags-Sitzung.)

Singer führt den Vorsitz, er teilt mit, daß die Resolution Quarck zurückgezogen worden ist und dafür die folgende eingelaufen ist:

„In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkommitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen."

Haase-Königsberg: Wer grundsätzlich den Bebelschen Standpunkt teilt, muß die eben verlesene Resolution dem Antrag Bebel vorziehen. Sie trägt dem Bedenken Rechnung, das Singer vorbrachte, daß nämlich, wenn wir nicht eigene Wahlmänner aufstellen, wir unsere Stimmen nicht zählen können, beseitigt aber jede Hinterthür, die noch in der Bebelschen Resolution vorhanden ist. In den großen Städten sind uns gewisse Erfolge sicher, aber auch das Land ist nicht ganz aussichtslos. Auf unserem letzten ostpreußischen Parteitage waren nicht weniger als dreißig Landarbeiter, echte und rechte Landarbeiter, anwesend. Wir haben diese Landarbeiter gefragt, ob sie eine Beteiligung für geraten halten und sie sagten: Ja. Die Landarbeiter freuen sich, offen für uns eintreten zu können, sie wollten nun frei gegen ihre Unterdrücker und Feinde auftreten. Die indirekte Wahl nützt uns da. Unsere Landarbeiter sind schwer für einen Bebel oder Singer zu gewinnen, die sie nicht kennen. Aber wenn sie Wahlmänner wählen können, die sie kennen, dann gruppieren sie sich viel leichter um diese. Wir bekommen durch die öffentliche Wahl feste Vertrauensleute. (Ledebour: Die fliegen hinaus!) Die fliegen nicht hinaus. Die Landarbeiter fliegen heute nicht mehr so, dazu sind sie zu rar. Sie stehen auch im Jahreskontrakt und können nicht so ohne weiteres entlassen werden. Ich sage das nicht, weil ich abstrakten Theoremen nachjage, sondern die Erfahrungen gesammelt habe. Ich will keine Illusionen erwecken, ich weiß, daß manch einer umfallen wird. Aber man soll ja auch das Mandat nicht überschätzen. Selbst wenn wir kein Mandat bekommen, nützt uns die Wahl, wir tragen unsere Bewegung in neue Kreise, schaffen fruchtbare Ansätze. Bei der Hauptwahl können wir ruhig Bündnisse eingehen, wo in der That freigesinnte demokratische Kandidaten vom Bürgertum aufgestellt werden sind (Ruf bei den Berlinern: Giebt's ja gar nicht!). Dieser Ruf zeugt von einer recht mechanischen Auffassung der Dinge. Ich weiß gewiß, daß das Gros der Freisinnigen nichts taugt, aber es giebt auch dort rückgratvolle Leute. (Rufe bei den Berlinern: Zeigen!) Gerade durch unseren Einfluß können wir bewirken, daß nur Männer mit Rückgrat von der bürgerlichen Demokratie aufgestellt werden. Von einer Verwirrung kann nicht mehr die Rede sein, wenn wir mit eigenen Wahlmännern vorgehen. Deshalb bitte ich Sie, der neuen Resolution zuzustimmen.

Schrader-Bramsche erinnert daran, daß die ganze Frage der Wahlbeteiligung nur wegen des bayerischen Kompromisses auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Genosse Auer sagt in den Sozialistischen Monatsheften, daß dieser Kompromiß uns in nichts geschadet hätte. Aber die Erfahrungen haben das Gegenteil gezeigt. Daher ist es notwendig, daß wir dem Amendement Ledebour folgen.

Zubeil meint, Ostpreußen müsse ja ein wahres Eldorado sein, wenn dort die Landarbeiter alle Mann für Mann offen an die Wahlurne treten und sozialdemokratisch stimmen. Weshalb ist Ostpreußen aber nicht stärker im Reichstage vertreten? Nach den Erfahrungen in meinem ländlichen Kreise Teltow-Beeskow kann ich an dies Eldorado nicht glauben. Die Landtagswahlbeteiligung ist eine Selbstabschlachtung, die wir an uns vornehmen. Nach der ersten preußischen Landtagswahl wird Ihnen die Quittung darüber geboten werden.

Fendrich-Karlsruhe: Ueber den Häuptern von uns Badensern schwebt ein schweres Ungewitter. Die Bayern waren ja bloß die Epigonen von uns (Scherm: Aber die besseren! Heiterkeit). Es ist merkwürdig, daß der Jupiter Tonans, der dies Ungewitter zu entfesseln sucht, selber das Kind der Sünde ist, jenes Konkubinats zwischen dem Sozialismus und der Demokratie. Ich weiß, daß Genosse Geck nur von sachlichen Gründen geleitet wird. Aber seinen Behauptungen liegen schwere Irrtümer zu Grunde. Die Geschichte mit der Doppelnummer ist das Produkt eines merkwürdigen Zufalls, den ich bereits vor 3 Jahren in der Neuen Zeit dargestellt habe. Als in Mannheim das Blatt bereits gedruckt war, erschien ein demokratisches Flugblatt mit Beschimpfungen gegen den Genossen Geck. Da blieb uns nichts anderes übrig, als darauf in der noch nicht gedruckten Offenburger Auflage des Blattes zu antworten. Das ist die ganze Geschichte. (Redner muß abbrechen, da seine Redezeit abgelaufen.)

Frau **Ihrer**-Berlin: Was heute Genosse Geck vorgebracht hat, spricht nicht nur gegen Kompromisse, sondern gegen die Wahlbeteiligung an sich. Solche Liberale, wie sie Haase geschildert hat, giebt es nicht. Er soll doch einmal eine auf den Tisch des Hauses niederlegen. Mit der Resolution Bebel begeben wir uns auf eine schiefe Ebene. Auer sagt in den Sozialistischen Monatsheften: Mit Berlin wird die Bewegung unwiderstehlich. Jawohl, aber Berlin ist dagegen und man hätte mehr Rücksicht gegen die Berliner walten lassen sollen. Wir halten an dem Vermächtnis unseres Alten fest und sind gegen Wahlbeteiligung.

Kiesel-Berlin: Nichts war für mich überzeugender als die Rede Gecks. Wenn das schon von einem Süddeutschen ausgeführt wird, dann können Sie uns Norddeutschen unsere Abneigung nicht verdenken. Was Meist von seinem Wahlkreis gesagt hat, können wir von Berlin ebenso sagen. Der Freisinn liegt uns dort so im Magen, daß wir ihn kaum mehr verdauen können. Wir wollen uns aufs Experimentieren nicht verlegen. Wir haben in Berlin nicht einmal Wahlmänner für alle Bezirke. Die Erfahrungen des Genossen Hase haben wir auf dem Lande nicht gemacht. In Königsberg müssen ja rosige Verhältnisse herrschen. (Heiterkeit.) Stimmen Sie dem Amendement Hoffmann zu.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Es hätte zur Einleitung der Verhandlungen ein Bericht über die bei der letzten Wahl gemachten Erfahrungen gegeben werden müssen. Da das nicht geschehen ist, will ich über Frankfurt berichten. Dort haben wir durch unsere Beteiligung die beiden nationalliberalen Vertreter durch einen freisinnigen und demokratischen Abgeordneten ersetzt. Der bürgerliche Demokrat Sänger ist sehr tapfer und wacker im Abgeordnetenhaus aufgetreten, wie es seit Bestehen des Landtags kaum gehört war. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir uns mit eigenen Wahlmännern beteiligen können. In Frankfurt denkt niemand mehr daran, sich nicht mehr zu beteiligen. Wer von Verwirrung spricht, der stellt unseren Genossen ein Armutszeugnis aus, das sie nicht verdienen. Zubeil sagte, unsere Leute haben nicht Zeit, Wahlmänner zu sein. Das ist revolutionär. Wir wollen Revolution machen, haben aber keine Zeit. Ich sprach neulich mit einem ausländischen Genossen über die Kompromisse. Er sagte, wir Sozialdemokraten sind sehr prinzipienfeste Leute, aber wir bemogeln, wo wir mogeln können. (Große Heiterkeit.)

Grenz-Leipzig: Wir sind als Disziplinbrecher verschrien in Leipzig. Wir haben aber nur den Standpunkt vertreten, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Die Landeskonferenz hatte die Beteiligung beschlossen, der deutschen Partei die Beteiligung freigestellt. Wir sind dem Parteitag der ganzen Partei gefolgt. Was hier Quarck als Erfolge bezeichnet hat, sehe ich nicht als solche an. Mir sind da die Ausführungen Gecks wertvoller. Das Bürgertum hat sich uns nicht genähert, es ist etwas schlauer uns gegenüber geworden. Es hat seine Taktik etwas geändert. Im Grunde ist es so miserabel wie früher. Heute soll nun ein Wahlzwang ausgeübt werden. Warum? Das Junkertum ist übermütig geworden. Ich finde, das Bürgertum steht dem Junkertum nicht viel nach. In Sachsen giebt es kein Bürgertum, mit dem ein Kompromiß abzuschließen wäre. In Sachsen hat man zwei Probewahlen hinter sich. Sie sind ermutigt worden.

Bruker-Breslau: Die Breslauer haben es nicht bereut, nach dem verunglückten Hamburger Beschluß die Initiative ergriffen zu haben. Ohne Erfahrung, ohne Mittel und genügende Zeit, ja ohne Kandidaten haben sie gute Erfolge erzielt. Man hat in Berlin geringschätzend von der Breslauer Hilfstruppe des Freisinns gesprochen. Zubeils Behauptungen sind ganz unrichtig. Er sprach über Dinge, von welchen er nichts versteht. Die Breslauer Freisinnigen konnten unsere Forderung nicht erfüllen, weil die nationalliberalen Wahlmänner von der Abtretung eines Mandats an die Sozialdemokraten nichts wissen wollten. Andererseits bestand die Gefahr, daß der Sieg der drei Breslauer konservativen Kandidaten die befürchtete konservative Mehrheit im Abgeordnetenhause bringen würde. Angesichts der Angriffe auf das Vereinsrecht konnten die Breslauer Genossen eine solche Verantwortung nicht übernehmen und stimmten im Interesse der Partei bedingungslos für den Freisinn. Die Annahme des Amendements Ledebour würde zunächst die praktische Folge haben, daß bei der demnächst stattfindenden Nachwahl in Breslau die drei Konservativen gewählt werden, denn wir haben nicht Lust, einen derartigen verlorenen Posten weiter zu halten. Die Klausel in Bebels Resolution, daß die Beteiligung unterbleiben kann, wenn zahlreiche Maßregeln zu befürchten sind, ist geeignet, die Gegner der Beteiligung zu begünstigen. Wer kann denn vorher beweisen, daß eine Maßregelung nicht eintreten wird? Wir müssen allgemeine Beteiligung verlangen, um das ganze reiche Arbeitsfeld kennen zu lernen. —

Riemann-Chemnitz: Wir haben zwei Probewahlen hinter uns, aber zwei Probewahlen, die uns die Leipziger und die Zwickauer verhunzt haben. Es ist nun Zeit, daß der Zickzackkurs in puncto Wahlbeteiligung aufhört. Für die Resolution Bebel stimme ich nur, wenn die Maschen so eng gezogen sind, daß kein Grenz, kein Lipinski, kein Schönlank, kein Goldstein durchschlüpfen kann. (Heiterkeit.) Mir ist nachgesagt worden, ich hätte Kompromisse machen wollen, ich saß damals hinter schwedischen Gardinen, kann ich da Kompromisse machen? (Heiterkeit.) Ledebour stellt sich hier hin und spricht sans façon gegen Wahlbeteiligung. Das Wählen will gelernt sein. Ledebour, der kaum 100 Wochen in Sachsen ist, weiß nicht, wie in Sachsen gewählt wird. Er wird es uns nicht lehren. Wir haben in Sachsen den Genossen Ledebour hingelegt (Heiterkeit), vielleicht steht er in Berlin wieder auf. In Sachsen geht die Sache so nicht weiter. Die Gemütlichkeit hört jetzt auf. Wird hier die Beteiligung beschlossen, dann wird die Wahl auch gemacht. Wer sich jetzt in Sachsen nicht fügt, der fliegt hinaus! (Stürmische Heiterkeit.) Auf zur Wahl! (Beifall.)

Adolf **Hoffmann**-Berlin: Eins fällt mir in der Resolution Bebel auf. Für Preußen soll über Kompromisse der Parteivorstand entscheiden. Warum nicht auch in Sachsen, in Baden, in Bayern? Hat man nicht in Bayern auch schon Dummheiten gemacht? (Rufe bei den Bayern: Nein.) Es ist ja kein Wunder, daß hier so viele Anhänger des indirekten Wahlsystems sind, nachdem sie gestern im Organisationsstatut festgelegt worden ist. Was ist denn die Wahl der beiden Vorstandsbeisitzer durch die Kontrolleure anders als eine indirekte Wahl. Hoffentlich ist diese kapitale Dummheit nur einmal gemacht worden. Es ist doch merkwürdig, daß gerade die Kreise am meisten für Beteiligung schwärmen, die bei der Reichstagsersatzwahl die geringsten Erfolge erzielt haben. (Widerspruch.) Von den Freisinnigen halten wir nichts. Solche Musterexemplare wie der Genosse Hase kenne ich nicht. Die Verwirrung tritt thatsächlich bei einem großen Teil unserer Genossen ein, wenn wir heute einen Freisinnigen loben und ihn morgen bekämpfen. Ich bedauere die Versammlungsredner bei dieser Schaukelpolitik. Wir empfehlen Ihnen den Zusatz Ledebours zur Annahme. Wir beantragen darüber namentliche Abstimmung, damit wir feststellen können, wer die kapitale Dummheit gemacht hat, wir oder die Illusionäre der Firma Hase u. Ko.

Baudert-Weimar ist für Beteiligung. In Weimar sind wir gezwungen, mit bürgerlichen Kandidaten Abmachungen zu treffen. Wir sind daran, das Bürgertum zu erziehen. Es kommen immer mehr bürgerliche Elemente in unser Lager. Das Zusammengehen mit Freisinnigen brauchen wir nicht so sehr schwarz zu malen. Einige unserer Genossen sind nur durch freisinnige Hilfe gewählt. Im Parlament sind wir fortwährend gezwungen, mit den Freisinnigen Hand in Hand zu gehen. Darunter leidet die Bekämpfung der Freisinnigen bei den Reichstagswahlen nicht. Ich empfehle die Resolution Quarck-Haase zur Annahme.

Stadthagen: Die Hauptsache ist, ob hier ein Beschluß gegen eine ansehnliche Minderheit gefaßt werden soll. Die große Masse wird sich nicht fügen und man muß sie doch weiter als Parteigenossen anerkennen. Ich empfehle die Beteiligung jedem Wahlkreis zu überlassen. Selbst wenn ein Genosse mit Hilfe eines Kompromisses gewählt werden sollte, das preußische Abgeordnetenhaus ist so schlecht akustisch, daß seine Stimme nicht gehört werden kann. (Rufe: Aul) In den Landkreisen um Berlin herum sind meiner Meinung nach keine Erfolge zu erringen. In Nieder-Barnim ist die Beteiligung ganz aussichtslos, selbst wenn mit allen Kräften gearbeitet wird. Die Folge davon würde nur Mißstimmung sein, ein Rückschlag bei der Reichstagswahl wäre unvermeidlich. Auch die Zwistigkeiten innerhalb der Parteigenossen würden nur größer werden.

Ullenbaum-Elberfeld: Wir haben uns selbständig beteiligt und von 1100 Wahlmännern nur 200 durchgebracht. Aber mehr haben wir auch nicht erwartet. Wir haben aus rein agitatorischen Rücksichten gewählt. Wir dürfen nicht zurückstehen, müssen Alles für uns ausnutzen. In Elberfeld ist für uns kein Erfolg zu holen. In Hagen-Schwelm ist es anders, da haben unsere Leute das letzte Mal Eugen Richter gewählt. Wenn sie bei der nächsten Wahl ausschlaggebend werden, soll ein Mandat für uns verlangt werden. Die Resolution Bebel läßt noch eine Hinterthür offen, aber ich will sie annehmen. Vielfach ist die Faulheit der Genossen an der Gegnerschaft der Wahlbeteiligung schuld.

Ein Antrag **Hoffmann**-Berlin wünscht, den letzten Satz der Resolution Bebel: „in Preußen 2c." zu streichen.

Gewehr-Elberfeld: Bei Annahme des Antrags Quarck kann es überhaupt keine Verwirrung mehr geben. In Elberfeld sind die Genossen mit Lust und Liebe an die Wahl gegangen, trotz der damals noch herrschenden Zerfahrenheit. Ich empfehle die Resolution Quarck. In dem letzten Antrag Hoffmann sehe ich nur Quertreibereien.

Göller-Frankfurt a. M.: Wenn sich Genosse Liebknecht in einer Frage getäuscht hat, so ist es in dieser der Fall gewesen. Es gilt das Junkertum zu bekämpfen, deshalb müssen wir die Opposition im Landtage stärken. Die Folge davon ist die Wahlbeteiligung und das Abschließen von Kompromissen. Es giebt Kompromisse, die revolutionierend wirken. In Baden haben wir ein solches Kompromiß gehabt. Die Sozialdemokratie muß der Eckstein werden, an dem sich die Reaktion den Kopf einrennt. In Frankfurt haben wir gleich die bürgerlich-demokratischen Wahlmänner gewählt. Wir haben uns nicht darauf eingelassen, unsere Anhängerschaft zu zählen. Die halten wir bei den Reichstagswahlen festgestellt.

Die weitere Debatte wird auf Freitag früh vertagt.

Singer verliest noch das Resultat der Wahlen.

Lübeck ist als Ort des nächsten Parteitags gewählt.

In den Vorstand sind mit je 220 Stimmen gewählt worden: **Bebel** und **Singer** als Vorsitzende, **Auer** und **Pfannkuch** als Sekretäre und **Gerisch** als Kassierer. Als Kontrolleure sind gewählt: **Meister**-Hannover, **Kaden**-Dresden, **Metzner**-Berlin, **Brühne**-Frankfurt a. M., **Ehrhardt**-Ludwigshafen, Frau **Zetkin**-Stuttgart, **Koenen**-Hamburg, **Kramer**-Darmstadt und Dr. **David**-Mainz.

Damit schließt die Sitzung.

Abends findet ein Kommers statt. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Zur Berufung des Reichstags telegraphiert der Berliner Offiziöse der Münchener Allgemeinen Zeitung: Vorschläge wegen der Berufung des Reichstags werden dem Kaiser erst nach seiner Hierherkunft unterbreitet werden. Es gilt jetzt aber als wahrscheinlich, daß der Reichstag **erst Mitte November** zusammentritt. Also eben so spät wie sonst. Gerade als ob garnichts geschehen sei, was eigentlich nach der Verfassung die frühere Einberufung des Reichstages notwendig machte. —

Beschlagnahmt wurden am Mittwoch die noch vorhandenen Exemplare der Nr. 217 der Schwäbischen Tagwacht vom 18. September. Im Leitartikel (Sie werden rebellisch), der sich mit der Stimmung der bürgerlichen Parteien zum persönlichen Regiment in der Chinapolitik beschäftigt, soll eine **Majestätsbeleidigung** begangen sein. Dem verantwortlichen politischen Redakteur Genossen Tauscher ist eine Anklage in Aussicht gestellt. —

Eine Erhöhung der Holzzölle verlangten die Holzinteressenten auf der Hauptversammlung des deutschen Forstvereins in Wiesbaden. Was in aller Welt soll die Holzexportländer wie Oesterreich-Ungarn und Rußland noch bewegen, mit Deutschland einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn in dieser Weise neben der Erhöhung der Getreidezölle auch noch die Ausfuhr von Holz nach Deutschland erschwert wird! —

(Fortsetzung in der Beilage.)

Die Wirren in China.

Zu dem Rundschreiben des Grafen Bülow, welches Auslieferung und Bestrafung der Boxeranführer verlangte, haben sich bisher noch nicht alle Mächte geäußert, offiziell überhaupt noch keine. Im Auswärtigen Amte ist man zwar noch der hoffnungsfreudigen Meinung, daß der Vorschlag allseitig angenommen werde. Die Thatsachen haben bisher aber noch keine Berechtigung zu dieser Hoffnungsfreudigkeit ergeben. **Frankreich** scheint, nach den Aeußerungen der französischen Presse zu schließen, zuzustimmen. Von **England** wird gemeldet: Lord Salisbury benachrichtigte die Botschafter der Großmächte vertraulich, **England trete Deutschlands Forderung bei**, daß die Bestrafung der Anstifter und Hauptschuldigen an den Boxergreueln die Vorbedingung des Friedensschlusses sei. Des weiteren erachtete England die **Rückkehr des Kaisers von China nach Peking** für unumgänglich notwendig. **Rußland** wahrt noch eisiges Stillschweigen und von **Amerika** wird berichtet, das Staatsdepartement werde den deutschen Vorschlag in **ungünstigem** Sinne beantworten. Wenn darauf bestanden werde, würden die Unionstaaten sich gezwungen sehen, **aus dem Konzert der Mächte** auszutreten. Das klingt alles nicht sehr ermutigend für die deutsche Diplomatie. —

Was soll mit der Kaiserin geschehen? Diese Frage steht im Vordergrunde der Erörterungen über die Bestrafung der Anstifter des Boxeraufstandes, welche das Rundschreiben des Grafen Bülow angeregt hat. Denn darüber besteht wohl kaum ein Zweifel, daß die Kaiserin Witwe die intellektuelle Urheberin des Boxeraufstandes ist. Von deutscher, offiziöser Seite wird behauptet, das Schicksal der Kaiserin-Witwe von China erscheine besiegelt, möge die Neuordnung der Dinge welche Wendung immer nehmen. Die Annahme, daß sie **in Rußland einen Beschützer** finden werde, sei absolut unhaltbar. Es wird vermutet, daß die russische Regierung sich gewiß nicht zur Fürsprecherin der Kaiserin-Regentin machen wird, falls Deutschland die Beseitigung dieser leidenschaftlichen Fremdenhasserin als ein Stück der ihm zu bietenden Satisfaktion bezeichnen sollte und für die Person der Kaiserin an der Spitze der Dynastie ein entsprechender Ersatz gefunden wird. Im Gegensatz zu dieser Annahme steht aber eine Meldung aus Schanghai über London, wonach die chinesischen Unterhändler sich weigern, Friedensvorschläge anzunehmen, die eine schimpfliche persönliche Strafe über die Kaiserin enthalten. Die Vicekönige der Mittel- und Südprovinzen, die in Gemäßheit des Abkommens mit den Konsuln die Fremden unter ihrer Jurisdiktion schützten, würden einem solchen Vorschlag **nötigenfalls gewaltsamen Widerstand** bieten. Die Chinesen würden nichts dagegen einzuwenden haben,

daß die Kaiserin ihrer Macht und ihres Einflusses beraubt werde, aber weiter wollten sie nicht gehen. Dagegen würden sie jedwede Züchtigung billigen, die über Tuan und die übrigen Beamten, die für die Wirren verantwortlich sind, verhängt werden sollte.

Uns scheint, als sei die Befürchtung der Vicekönige ohne Grund. Vorläufig hat man nämlich die Kaiserin Witwe noch nicht und kann sie deshalb auch nicht bestrafen. Die Mitteilung zeigt aber, daß die Bestrafung der Anstifter des Boxeraufstandes nicht so einfach ist, wie Graf v. Bülow sich wohl das gedacht hat. Will man an den Hauptanstifter, so ist das ein gefährliches Beginnen, welches schlimme Folgen haben kann. Uebrigens ist wohl auch eine beschimpfende Strafe der alten Kaiserin kaum beabsichtigt, wenn es auch ganz gut zur Hunnenpolitik paßte.

Gegen die Peitangforts nordöstlich von Tientsin sind die Russen mehrmals vergeblich Sturm gelaufen. Jetzt haben sich auch Truppen anderer Mächte an einer erneuten Aktion beteiligt. Wie vom Donnerstag aus Taku ein Telegramm des Reuterschen Bureaus meldet, griffen die Verbündeten Donnerstag früh die Forts bei Peitang an. Eine heftige Kanonade dauert an. Nach Privatmeldungen sind die Peitangforts von den Verbündeten unter schweren Verlusten genommen worden. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Das Präsidium des **Pariser Gemeinderats** beschloß, durch Maueranschlag bekannt zu geben, daß die Summe von 200 000 Frank, welche ursprünglich für das Festbankett bestimmt waren, unter die Pariser Armen verteilt werden solle. Das Bureau des Munizipalrats ersuchte den Seine-Präfekten, zur Verfügung der Maires der 20 Arrondissements 200 000 Frank zur Verteilung an Arme am 23. d. Mts. zur Verfügung zu stellen. Damit kann die Blamage des Pariser Gemeinderats auch nicht verhüllt werden. Es verlautet übrigens, die Regierung werde sich die jetzige Situation zu Nutze machen und den Gemeinderat auflösen. Eine Nachricht, der man allerdings Zweifel entgegenbringen darf. —

Der „Attentäter" Sipido, der sich mit einem alten Revolver versucht und auf den Prinz von Wales geschossen hatte, wurde bekanntlich von dem Brüsseler Gericht freigesprochen. Die belgischen Richter hatten seine That richtig als Dummenjungenstreich bewertet, aber unter Polizeiaufsicht sollte er gestellt werden. Sipido war nach der Schweiz gegangen. Jetzt soll er, wie die Vossische Zeitung zu melden weiß, demnächst doch noch ausgeliefert werden. Die belgische Regierung habe dem mit der Schweiz bestehenden Auslieferungsvertrag nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft einen Zusatzartikel angehängt, und zwar mit rückwirkender Kraft, wonach Minderjährige, die zur Zwangserziehung verurteilt sind, ausgeliefert werden müssen. Die belgische Presse bestreitet der Regierung das Recht, solche Verträge mit rückwirkender Kraft abzuschließen. —

Die Untersuchung gegen Salson, der in Paris das Attentat auf den Schah von Persien verübte, ist erst jetzt beendet. Die Aerzte stellten seine Verantwortlichkeit fest; er erscheint infolgedessen in der zweiten Hälfte des Oktober vor den Geschworenen unter der Anklage des Mordversuchs.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Präsident Krügers Abreise erfolgte nach Aussage flüchtiger Kapkolonisten, die noch vor wenigen Wochen an den kühnen Streifzügen des Reiterführers de Wet teilnahmen, wie die Deutsche Wochenzeitung in den Niederlanden mitteilt, aus dem Grunde, weil der kränkelnde Greis, welcher von zwei barmherzigen Schwestern verpflegt wurde, nicht imstande gewesen sein würde, den fliegenden Kommandos in das unwirtliche Gebirge zu folgen, wohin sie sich nach dem konzentrischen Aufmarsch der englischen Truppen zurückziehen mußten. Er würde die Operationen nur behindert und sein Tod oder seine Gefangennahme würden einen schweren moralischen Druck auf die Buren ausgeübt haben. Nunmehr ständen kräftige Männer der That an ihrer Spitze, wie Schalk Burger, Steijn, Botha, die nicht mehr durch Krügers häufig zögernde Politik gezügelt werden. Ihrer Beredsamkeit werde es glücken, in Wankelmütigen die Hoffnung auf eine Intervention durch die von Krüger gewonnenen Mächte zu erhalten und so ihre Kommandos zu verstärken. Sie halten die Burensache noch nicht für verloren. — Das letztere scheint aber doch der Fall zu sein, wenn eine Depesche des Lord Roberts, die am Donnerstag in London eingegangen ist, die Thatsachen richtig schildert. Die Depesche meldet: Von den Buren, 3000 an der Zahl, welche sich nach Komatipoort zurückzogen, haben 700 die portugiesische Grenze überschritten, die übrigen haben sich zerstreut, nachdem sie vorher die schweren Geschütze und die Feldgeschütze zerstört haben. Von dem Burenheer ist nichts mehr übrig geblieben, als einige marodierende Banden. Die Nachricht erscheint glaubhaft, selbst wenn man die gewohnheitsmäßige Lügerei der Engländer berücksichtigt. Das Resultat war eben zu erwarten. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Die Stadtverordnetenversammlung** am Donnerstag nahm einen recht ledernen Verlauf. Sämtliche Magistratsvorlagen wurden angenommen, darunter auch eine solche, welche 1938,73 Mark bewilligt für Bewirtung der Magdeburg passierenden Chinatruppen. Wir bringen den Bericht in unserer morgigen Nummer, da unser Platz des Parteitags halber heute sehr beschränkt ist. —

— **Zur Beschickung des Krankenkassentages zu Nürnberg** hat der Vorsitzende der Ortskrankenkasse für Maurer und Bauarbeiter, Herr A. Kalbow in der Weise Stellung genommen, als er auf die Einladung zur Mitvertretung an den Rendanten der Kasse folgendes verfügte: „Herr . . . .! Unsere Kasse gehört doch nicht zum Centralverband. Auch kennen wir weder die Vorlag (!) noch die Art und Weise, wie wir von den Herren . . . . vertreten werden und ist dabei nicht ausgeschlossen, daß die Interessen unserer Kasse entgegengesetzt vertreten werden; also ablehnen." Was werden nun die übrigen Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse für Maurer und Bauarbeiter dazu sagen, zu denen auch der Vertrauensmann der Bauarbeiter gehört? Und was werden die Mitglieder dieser Kasse dazu sagen, wenn schon unter den gegebenen Verhältnissen der Selbstverwaltung die einzelnen Rechte der Mitglieder so preisgegeben und übergangen werden. Hat da die Regierung nicht Grund den Ortskrankenkassen überhaupt das Selbstverwaltungsrecht zu nehmen, wenn die einzelnen Vorstandsmitglieder sich als Nullen betrachten und behandeln lassen! —

— **In einer mysteriösen Angelegenheit** ist hierselbst am Mittwoch eine Verhaftung erfolgt. Die Vorgeschichte des Falls ist folgende: In einem Hause an der Landsbergerstraße zu Berlin wurde vor einigen Wochen der aus Magdeburg-Sudenburg gebürtige Studiosus der Rechte Peine in der Wohnung seines Studiengenossen und Freundes, des ebenfalls aus Magdeburg stammenden Studiosus Helmecke, erschossen aufgefunden. Neben der Leiche, welche in der linken Schläfe die tötliche Schußwunde zeigte, lag der Revolver, mit dem die That verübt war. Ursprünglich schien die Behörde der Ansicht zuzuneigen, daß ein Selbstmord vorliege, denn man setzte Helmecke, der sofort mit Entschiedenheit erklärte, nichts von der That zu wissen, unmittelbar nach seiner Vernehmung auf freien Fuß. Helmecke verreiste nun und inzwischen müssen sich die Verdachtsmomente vermehrt haben, vielleicht hat auch ein bei der Affaire beteiligtes Frauenzimmer Aussagen gemacht, die Helmecke belasteten. Kurz, die Staatsanwaltschaft erließ einen Haftbefehl, Helmecke wurde hier am Mittwoch erkannt und verhaftet. Am Donnerstag erfolgte die Ueberführung des Verhafteten, der auf das Entschiedenste seine Unschuld beteuert, nach Berlin. —

— **Stadttheater.** Emilia Galotti, Lessings Trauerspiel, das morgen, Sonnabend, zur Aufführung kommt, ist nicht nur Lessings bühnenwirksamste Schöpfung, das Werk beansprucht auch eine große litterarhistorische Bedeutung, war es doch das erste deutsche Schauspiel, das uns seiner Zeit vom französischen, verschrobenen Geschmack befreite und dem deutschen Drama die Bahn öffnete. Die wichtige Rolle der Orsina wird von Frl. Böhme gespielt werden. Unsere nächste Sonntagsvorstellung wird uns Bizets interessante Oper „Carmen" mit Frl. Marie Dossow in der Titelpartie bringen. —

— **Das Wilhelmtheater** öffnet am Sonnabend seine Pforten und bringt als Eröffnungsvorstellung die unverwüstliche Straußsche Operette: Der Zigeunerbaron. —

— **Ueber den Haufen gefahren** wurde am Freitag morgen in der Brandenburgerstraße ein Radfahrer der Feuerwehr von dem im scharfen Tempo fahrenden Wagen des Fleischermeisters Lüder. Ein anderer Radfahrer hatte im kritischen Augenblick gerade noch Zeit auszubiegen, sonst würden dem scharfen Fahren eines Fleischerwagens 2 Menschen zum Opfer gefallen sein. Der Feuerwehrmann erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen. —

— **Umgefahren** durch einen Motorwagen der Straßenbahn wurde am Donnerstag nachmittag gegen 5 Uhr in der Jakobsstraße am Rathause eine auf dem Umzug begriffene alte Frau. Dieselbe wollte mit einer Kiepe auf dem Rücken, die Geleise nach dem Johanniskirchhofe zu überschreiten. Beim Klingeln eines ankommenden Straßenbahnwagens ging die Frau statt vorwärts, wieder rückwärts, wobei der Wagen die Kiepe erfaßte und die Frau mit zu Boden fiel. Wenn die Verletzungen der Frau auch nur geringfügig, so waren die Beschädigungen an der geringen Habe, die die Kiepe barg, um so schlimmer. Nachdem alles wieder zusammengesucht war, konnte die Aermste ihren Weg fortsetzen. —

Provinz und Umgegend.

Burg. In unserem Bericht über die Lokalfrage in Burg muß es heißen: Es ist schwer anzunehmen, daß sich ein Wirt findet, der halb so viel mehr für den Hofjäger zahlt usw. —

Eisleben. Die Direktion der Mansfelder Gewerkschaft ließ am 15. ds., dem Lohntage, fünf ihrer Hüttenarbeiter und einer Anzahl von Bergleuten die 14tägige Kündigung zu teil werden. „Weshalb?" meinte der Obersteiger Enke nach Verlesung des Direktionsbeschlusses, „werdet Ihr wohl wissen!" Es trifft dieser Schlag Leute, welche 20, 18, 8 Jahre usw. in ihrer jetzigen Stellung sich als die tüchtigsten, nüchternsten und fleißigsten Arbeiter bewährt haben, Leute, welche seit ihrer Kindheit ihre ganze Lebenszeit ihr ohnehin saures Stückchen Brot dort erarbeiten mußten. Sonderbarerweise sind es alle Mitglieder des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes — also organisierte Leute! Was heißt nun „Koalitionsrecht"? Hoffentlich finden die Braven, welche sich nicht wieder anbetteln wollen, baldigst lohnende Beschäftigung, damit sie mit ihren meist zahlreichen Familien keine Not zu leiden haben. —

Plötzky. Der Typhus fordert hier weitere Opfer. Abermals sind 4 Personen erkrankt. Zwei Brunnen mußten geschlossen werden.

Salbke. Die **Wählerlisten** liegen hier im **Bergschlößchen** bei Friedrich Teger aus. Ihre Einsichtnahme seitens der Parteigenossen ist unbedingt erforderlich. —

Kleine Chronik.

Ueber das Grubenunglück auf der Zeche Frisch Glück bei Dux wird noch mitgeteilt: Bei der Bewältigung eines Grubenbrandes explodierten in einer Kohlenkluft Brandgase. Zur Zeit der Explosion waren, soweit bisher festgestellt werden konnte, 83 Bergleute im Schacht beschäftigt. Von diesen retteten sich 28 nach dem Luft-Schacht; bisher sind zwei Leichtverletzte und achtzehn Schwerverletzte, darunter der Betriebsleiter, geborgen; von diesen sind bereits fünf gestorben. **Dreißig Leichen** wurden noch im Schacht gefunden, konnten jedoch nicht herausgeschafft werden, weil das Feuer eine Annäherung nicht zuläßt. Weitere fünf Personen werden noch vermißt. —

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Mainz, 21. September. (Privattelegramm.) Der Parteitag wurde 12¼ Uhr geschlossen. Die Landtagswahlbeteiligung wurde beschlossen. Nachmittags findet eine Rheinfahrt statt. —

Mainz, 20. September. (D. H.) Der Kommers zu Ehren des Parteitages in der Stadthalle nahm einen prächtigen Verlauf. Bebel, Singer und einige hervorragende Genossen fehlten, Auer, Vollmar, Wurm und andere waren anwesend. Der Mainzer Humor kam prächtig zur Geltung, namentlich durch die zahlreichen Dialektvorträge. Besonders die mit politischen Anspielungen versehenen Trink- und Chorlieder fanden vielen Anklang. —

Berlin, 21. September. (D. H.) Die Berliner Buchbindereiarbeiter beschlossen in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, die endgültige Entscheidung über die Wiederaufnahme der Arbeit bis Sonntag zu vertagen, da das Resultat der Leipziger Konferenz nicht zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen sei, und bis dahin Unterhandlungen mit den Berliner Prinzipalen auf Grund der alten Forderungen zu pflegen. —

Frankfurt a. M., 21. September. (D. H.) Der Frankfurter Zeitung wird aus New-York gemeldet: Die Arbeiter in Schuylkillthal verhängten den Boykott gegen die Reading-Bahn, speziell in Reading-, Pottsville- und Harrisburg-Gruben. In diesen Distrikten wird die volle Zeit gearbeitet, obgleich Präsident Mitschell von der Arbeiter-Union erklärt, daß die Streikenden Zuwachs erhielten. —

Gera, 21. September. (D. H.) Die Gera-Greizer Wollwarenfabrikanten beabsichtigen einen Verband zu gründen, um sich gegen die Uebergriffe der Grossisten-Kundschaft und gegen andere Auswüchse in Handelsgeschäften zu schützen. —

Hamburg, 20. September. Die Werftarbeiter beschlossen nach heftiger Debatte mit 1530 gegen 788 Stimmen, bei etwa 600 Stimmenenthaltungen, die Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen. Aussperrung und Streik sind also beendet. —

Cambrey, 21. September. (D. H.) Ein neu gebauter Gypsofeo stürzte vorgestern in Escandouvres ein und begrub sieben Arbeiter welche sich in demselben befanden. Alle sieben sind lebensgefährlich verletzt. —

Prag, 21. September. (D. H.) Der Kadett Lamberz, welcher, wie bereits gemeldet, wegen Tötung eines Civilisten verhaftet wurde, ist vom Kreisgericht Leoben in Freiheit gesetzt worden. Die Untersuchung wird jedoch weiter geführt. Der Getötete war ein Parteigenosse.

New-York, 21. September. (D. H.) Nach einem Telegramm aus Manila hat ein Aufstand auf der Insel Luzon neuerdings begonnen. Es fanden bereits verschiedene Gefechte zwischen Aufständischen und amerikanischen Regierungstruppen statt. Die Amerikaner haben Verstärkungen nötig. —

Wien, 21. Septbr. (D. H.) König Milan läßt durch die Neue Freie Presse alle Gerüchte, daß er aus der serbischen Staatskasse außer seiner Appanage noch andere Summen bezogen habe, kategorisch dementieren. —

Vom Kriege in Transvaal.

Berlin, 21. September. (D. H.) Der Lokalanzeiger meldet aus London: Aus Lourenco Marques kommt das Gerücht, Krüger wolle nach England kommen und eine persönliche Zusammenkunft mit der Königin Viktoria (??) zu erlangen suchen. — Nach einer Depesche des Berliner Tageblatts aus Lissabon empfing die Regierung einen Bericht des Generalgouverneurs von Mozambique, daß die Wahrscheinlichkeit der Ankunft weiterer Flüchtlinge in großer Anzahl in Lourenco Marques besteht. Es wurden daher telegraphische Instruktionen über die Behandlung derselben abgesandt. Die Eisenbahn soll nur bis zur Transvaalgrenze in Betrieb sein. —

London, 21. September. (D. H.) Daily Mail berichtet aus Prätoria: Kommandant Dewet, der immer noch im Freistaate thätig ist, ist das einzige Hindernis für die Pacifizierung Südafrikas. Dadurch wird die Nachricht vom Tode Dewets dementiert. — Aus Johannesburg wird gemeldet, daß die weißen Einwohner von Potschefstroom in Johannesburg eingetroffen sind. —

Zu den chinesischen Wirren.

London, 21. September. (D. H.) Die englische Regierung hat endlich einen festen Beschluß über ihre China gegenüber einzunehmende Haltung gefaßt. Derselbe enthält im wesentlichen folgendes: England unterstützt die Vorschläge jeder Macht, welche eine energische Haltung gegenüber China einnimmt; dies geschieht besonders aus dem Grunde, um den Oppositionsparteien keinen Anlaß zu geben, der Regierung eine schlaffe, unentschlossene Haltung in der Regelung der China-Wirren zum Vorwurf machen zu können. —

London, 21. September. (D. H.) Ein Telegramm aus Shanghai berichtet: Den letzten Erklärungen der Kaiserin-Witwe zufolge soll dieselbe bereit sein, unter der Bedingung nach Peking zurückzukehren, daß die Großmächte sich für ihre Sicherheit verbürgen. Ein Telegramm aus Peking berichtet, daß den letzten Vereinbarungen zwischen den Großmächten zufolge, 10 000 Mann verbündeter Truppen in Peking überwintern werden. —

London, 21. September. (D. H.) Daily Mail meldet aus Schanghai: Prinz Tsching hat die Erklärung abgegeben, daß die Kaiserin sich in der Provinz Schansi befindet. —

Peking, 21. September. (D. H.) Nach Meldung der World ist der chinesische Soldat, in dessen Besitz sich die Uhr des Gesandten v. Ketteler befand, und dessen Verhaftung erfolgte, wieder entlassen worden. Er erklärte, er habe Ketteler auf Befehl eines Offiziers ermordet. —

Washington, 21. September. (D. H.) In ihrem Antwortschreiben auf das Rundschreiben des Grafen Bülow antworteten die Vereinigten Staaten, daß sie mit Deutschland darin übereinstimmten, daß eine Bestrafung des Anstifters des Boxeraufstandes notwendig sei, weigern sich aber, hieraus eine unerläßliche Forderung zu machen. Nach der gleichen Quelle werden sich Frankreich und Rußland den Vereinigten Staaten anschließen. Bezüglich Japans steht dieses unzweifelhaft fest. Das Vorgehen der Vereinigten Staaten wird diktiert durch die Befürchtung, daß China unter allen Umständen das Begehren Deutschlands ablehnen würde. Dadurch würde ein neuer Feldzug und eine dauernde Okkupation Chinas notwendig. —

Paris, 21. September. (D. H.) Die französische Regierung ist der Ansicht, die Periode der militärischen Operationen in China sei beendet. Dagegen glaubt die Regierung, daß zahlreiche Truppen in Tientsin bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen und Zahlung der Entschädigung an die Großmächte verweilen müßten. —

Paris, 21. September. (D. H.) Man legt hier der Erklärung des chinesischen Gesandten in London, wonach China die Beschießung der Befestigung von Pai Tang als casus belli (Ursache des Krieges) betrachte, großen Wert bei. —

Washington, 21. September. (D. H.) Der chinesische Gesandte in Washington überreichte der amerikanischen Regierung ein Telegramm der Vicekönige der südlichen Provinzen, in welchem diese die Vereinigten Staaten ersuchen, durch ihre Gesandten bei den verschiedenen Großmächten dahin einzuwirken, daß die Friedensverhandlungen unverzüglich beginnen und die Vereinigten Staaten die Initiative zur Ausführung derselben ergreifen in der Hoffnung, daß die übrigen Großmächte dem Beispiele Amerikas folgen werden. Außerdem überreichte der Gesandte dem Staatsdepartement eine Bittschrift der Vicekönige von Wushang und Nanking, in welcher dieselben die Bitte aussprechen, man möge keine weiteren Truppen in ihren Provinzen landen, damit die Ruhe erhalten bliebe. —

Zeige allen meinen Freunden und Bekannten hiermit an, daß ich wie im Vorjahre wieder auf der Messe **auf dem alten Stande** ausstehe und empfehle

ff. Reichswürstchen
ff. Saucischen und Jauersche.
Frau Wwe. Keppler 2517
Wurstfabrik mit Dampfbetrieb.

Burg.
Ein Garten
in der Mühlenstraße ist sofort zu verkaufen. **Hermann Pohlmann**
2566 Kleiner Hof 6.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt 927
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkrugstraße 26.

Zur Messe!
Empfehle meine Spezial-Artikel in 941
täglich frischen Nauten, gebrannten und Schokoladenmandeln, Bonbons etc.
in bekannter Güte.
Mein Stand befindet sich wie bisher 4. Budenreihe.
Bitte auf meine Firma zu achten.
Hochachtungsvoll
Wilh. Schubert, Magdeburg-Neust.

Feiertags halber

bleibt unser Geschäft am **Montag, den 24., ganz,**

am **Dienstag, den 25., bis 6 Uhr abends**

geschlossen!

Lange & Münzer
5la Breiteweg 5la

Am 1. Oktober d. J. verlege mein Geschäft nach

Schönebeckerstrasse 42. 2349

Um mein noch großes Lager in
emaillierten Geschirren, Haus- und Küchengeräten, Galanterie-, Spiel- und Lederwaren, Gelegenheits-Geschenken und Andenkensachen . . .
zu räumen, gebe ich
von jetzt ab 10 Prozent in bar.

Auguste Anderfuhr
Schönebeckerstr. 4l, Buckau. Schönebeckerstr. 4l.

Theodor Kraft

Schuhwaren-Lager
Sudenburg, Breiteweg 37.

Ich empfehle eine sehr umfangreiche Auswahl
Herren-Zug-, Schnür- u. Schnallen-Stiefel, Herren-Promenadenschuhe, Herren- u. Knaben-Schaftstiefel, Damen-Zug-, Schnür- u. Knopfstiefel, Damen-Lederschuhe jeder Art, Knaben-Schnürstiefel, Mädchen- und Kinderstiefel u. Schuhe, Plüsch- u. Stoffschuhe, Filzschuhe, Filzpantoffel.

Gediegene Qualitäten! Billige Preise!

Städt. Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg. Vermittelung auch nach außerhalb. unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.
Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „
Gebührenfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeitern, Hausdienern und Burschen, Handwerkern, Dienstboten, Aufwartungen und Arbeiterinnen.
Nur solche schriftlichen Aufträge von Arbeitgebern, welche genaue Angaben über Lohn, verlangte Leistungen und sonstige Bedingungen enthalten, können berücksichtigt werden.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3½—7½ Uhr.
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluß 1409.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Wiesenverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Im eigenen Interesse bitte die Schaufenster zu beachten.

Herren-Anzug „Tell“

in tiefschwarz, dunkelblau, braun, fast unzerreißbar, neueste Facons, nur . . . . . **15 Mk.**

Herren-Anzug „Mylord“

in entzückend modernen Melangen, hochelegant und solid, kostet nur . . . . . **17 Mk.**

Rock-Anzug „Electra“

das Edelste in der Qualität und Eleganz kostet nur . . . . . **27 Mk.**

Julius Jacoby

Jakobsstr. 47. 2596

Für Brautleute und für Umzug passend!
Eine elegante vollständige Wirtschaft für 190 Mk. zu verkaufen, daselbst 2 daunenweiche Betten und 2 Bettstellen mit Matratzen für à 26 und 32 Mk. zu verkaufen. Die Sachen sind noch neu, auch einzeln zu verkaufen und können bis November stehen bleiben. **Steinstr. 9/10,** vorn 1 Tr.

* **Gut erh. Kinderwagen** billig zu verk. Weinbergstr. 1a, Hof 2 Tr.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, die uns und unsere Sache unterstützen. —

Lassalle-Portrait mit Rahmen, f. Restaurateur passend, billig zu verkaufen in der **Buchhandlung Volksstimme.**

2 elegante Sofas (Diwans) à 35 Mk. zu verkaufen **Steinstraße 9/10,** vorn 1 Treppe.

* **Militär-** und **Kinderstiefeln** billig zu verkaufen. Goedecke, Katharinenstr. 5.

Gebette Betten
stelle in vorzüglichen Qualitäten für nur **17, 20, 24—55 Mk.,** wie seit 14 Jahren bekannt, her. L?
Jul. Rosenberg
Katharinenstraße 8, hochpart.

Blaue Schutz-Anzüge

in geraden und schrägen Facons in Halbleinen und Pilot von 2.40 Mk. an.

Barchenthemden

mit doppelter Brust, extra lang, à 1 Mk. 2569

Nur eigene Anfertigung.

Barchenthemden für Frauen

110 cm lang, dauerhaft und gut genäht nur 1 Mk.

Größte Auswahl in
Kragen, Serviteurs, Krawatten, Schirmen und Hosenträgern, Portemonnaies.

S. Levy

Sudenburg
4l Breiteweg 4l.

P. S. Feiertags halber bleibt mein Geschäft von Montag, den 24., bis Dienstag abend 6 Uhr **geschlossen.**

---

2 sehr schöne Bettstellen m. dauerh. Matr., 1 feines Plüsch- u. 1 rotbraun. Stoffsofa, nußb. Kleiderschr., Tisch, Stühle, Spiegel u. Küchensach. sehr bill. z. verk. Gr. Junkerstr. 4, 2 Tr. l.

Bis Sonntag, den 23. d. M., kaufe 2565
Kanarienhähne und Weibchen
zu erhöhten Preisen. Gute nach Gesang nehme auch schon ab.
J. Tischler, Annastraße 25.

Kanarienhähne und Weibchen
kauft zu höchsten Preisen nur am Sonntag, den 23., und Montag, den 24. d. Mts., im Gasthof zum Eichbaum hier, Regierungsstraße 25. **F. Bartels,** Kreiensen
Vertreter: G. Bähl, Leipzigerstr. 39. [931

Kaufe Kanarien-Weibchen
fortwährend **J. Tischler,** Annastr. 25.

Mittagstisch, sauber, bei **Ebel,** Rothekrebsstr. 21.

Frisch. Schweinefleisch
alle Sorten Wurst, Schinken u. Speck
ff. Rothenfelder Margarine
sowie jeden Sonnabend und Sonntag:
Warme 2463
Knoblauchwurst und Pökelfleisch
E. Glaser, Immermannstr. 10.

Gänsefleisch, zerlegt
Gänseklein 2541
Gänseflomen . . . . . .
täglich frisch bei
Moritz Weinberg, Himmelreichstr. 12.
Markttags-Budenstand gegenüber der Fischhandlung von Weise, Hauptwache.

Roßschlächterei Gommern.

Sonnabend, 22. September:
Frisch geschlachtet!
2569 **Leopold Lepsien.**

Vater's Restaurant

Knochenhauerufer str. 27/28
empfiehlt seine **Vereinszimmer,** sowie seinen 250 Personen fassenden **Saal** zur gefl. Benutzung. 2377

Suche event. sofort für mein Musikkorps noch einen 945

Musiker-Lehrling

unter günstigen Bedingungen.
H. Brüggemann, Musikmeister
Sudenburg, Langeweg 56.

* **Sanb. Logis** Gr. Marktstr. 6/7, 2. Eing., lks.

* Anständiges Logis zu vermieten Helmstedterstraße 3, Koch.

Möblertes Zimmer zu vermieten
952 Neustadt, Schützenstr. 4, II. l.

Kgl. Rumänischer
Cirkus Cesar Sidoli

Magdeburg, Königstraße.
200 Personen.
123 Pferde.

Täglich abends 8 Uhr:
Brillante Vorstellung.
An Sonn-, Feiertagen und Mittwochs:
Zwei Vorstellungen
um **4 Uhr nachmittags** und **8 Uhr abends.**
Alles nähere die Tageszettel.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 22. September 1900:
Emilia Galotti.
Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.
Sonntag, den 23. September 1900.
Carmen.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend, den 22. September 1900.
Eröffnungs-Vorstellung.
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Auf der Messe!
F. Basch's
Cagliostro-Theater

Jeden Tag:
2
große brillante
2514 **Soiréen**
Anfang 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends.
Kinder zahlen auf allen Plätzen zur Nachmittagsvorstellung **halbe Preise.**

Walhalla.

Jeden Abend:
Konkurrenzloses Programm
16 Nummern 16

Fermersleben.

Sonntag: Tanz.

Ergebenst ladet ein
Frau Lausch (Gasthof z. gold. Engel).

* Meinem lieben Bruder K. Fricke zu seinem Wiegenfeste die herzl. Glückwünsche.

* Uns. lieben Mutter und Schwiegermutter Frau Möring z. ihr. Wiegenf. d. h. Glückw.

* Grotmutter Trindorte soll leben und Grotvader Karl daneben. S.

* Unserm Kunstgenossen F. Klocke zum heutigen Wiegenfeste ein donn. Lebehoch.

* Frau Bading soll leben und ihr Otto daneben. Man ahnt es nicht.

Standesamt.

Magdeburg, 19. September.
Aufgebote: Musiker Albin Kolbe in Leipzig mit Emma Leps in Zerbst. Möbelhändler Christ. Hesse mit Elisabeth Thiele hier. Oberlehrer der Ober-Realschule Hans Klemming hier mit Grete Tietz in Potsdam. Kaufmann Hugo Reinhold Nicolai Matthießen hier mit Sophie Christine Frieda Grimm in Merseburg. Kesselschmied Wilhelm Heinrich Karl Rommel mit Emilie Emma Becker in Staßfurt. Schlosser Karl Ernst Knoblauch hier mit Friederike Auguste Lisette Ebert in Schloßdomäne Wolmirstedt. Lokomotivheizer Jul. Albert Otto Billing hier mit Agnes Schwerdfeger in Köthen. Masch. Christ. August Preußschat hier mit Wilhelmine Marie Luise Donath in Schönebeck. Masch.-Wärter Wilhelm Miethe in Helmstedt mit Marie Schmidt hier. Arb. Herm. Gelbke mit Ida Tümme hier. Schlosser Max Zander mit Emma Benn hier. Arbeiter Friedr. Karl Alb. Lübcke in Neustadt mit Anna Wilhelmine Marie Güssow in Wollin. Arb. Wilh. Alb. Sampf in Neustadt mit Wilhelmine Luise Marie Lindemann in Wollin.
Eheschließung: Buchhalter Heinrich Kyritz in Neustadt mit Hedwig Bote hier.
Geburten: Clotilde, T. d. Arbeiters Gust. Krüger. Martha, T. d. Arb. Wilh. Siegel. Walter, S. d. Feldwebels Friedr. Töpfer. Walter, S. d. Restaur. Gustav Tettenborn. Hedwig, S. d. Straßenbahn-Schaffners Dietrich Thormann. Elisabeth, T. d. Brunnenbaumeisters Paul Anger. Fritz, S. d. Bierfahrers Friedr. Zimmermann.
Todesfälle: E. des Schneidermstrs. Wilhelm Mardaus, 5 M. 28 T. Anna Niemann, unerehelicht, 17 J. 11 M. 9 T. Bertha geb. Grünwald, Ww. des Bureaudieners Riemann, 55 J. 1 M. 26 T. Andreas Schmidt, Oberpräbendat, 68 J. 8 M. 19 T. Bertha geb. Gräbe, Ww. des Malermeisters Ludwig Schelle, 61 J. 5 M. 12 T. Auguste, unehelich, 6 T. Magdalene Prinz, unverehelicht, 23 J. 1 M. 28 T.

Sudenburg, 19. September.
Aufgebot: Arb. Joh. Karl Wilhelm Wiegand mit Sophie Minna Weschke hier.
Geburten: Magdalene, T. des Maur. Heinrich Müller. Frieda, T. des Revolverdrehers August Ahrendt. Hilda, T. des Arb. Otto Spröte. Erich, S. des Kantinenwirts Fritz Müller. Meta, T. des Handelsmanns Rob. Hoppmann.
Todesfälle: Arb.-Inval. Gottfried Wiegand, 76 J. 5 M. Emilie geb. Gareis, Ehefrau des Form. Alb. Hofmann, 53 J. 10 M. 4 T. Marie, T. des Form. Friedr. Horstmann, 1 J. 5 M. 17 T.

Buckau, 19. September.
Aufgebot: Schreiber Aug. Martin Leberecht Krause hier mit Johanna Elise Helene Beeck in Magdeburg.
Geburten: Elly, T. des Schmieds Wilh. Neitzel. Frieda, T. des Kernmach. Joh. Fischer.
Todesfall: Hermann, S. des Arb. Herm. Achilles, 1 M. 9 T.

Neustadt, 19. September.
Aufgebote: Zimmermann Friedrich Wilh. Heinrich Theuerkauff mit Friederike Albertine Müller. Arb. Willy Schröder mit Sophie Hermine Alma Liebau.
Geburten: Walter, S. des königl. Schutzmanns Gottfr. Erfurt. Hermann, S. des Reg.-Hauptkt.-Buchhalters Hermann Teitge. Hans, S. des Arb. Otto Plünnecke. Paul Karl Fritz, unehel. Gertrud Marie, unehel. Marie, T. des Fabrikarb. Heinr. Nordt. Gustav, S. des Steinsetzmeisters Karl Winzerling. Walter, S. des Berufsgenossensch.-Beamten Otto Glaß. Albert, S. des Arb. Karl Damk.
Todesfälle: Hans Fritz, unehelich, 5 M. 29 T. Mühlsteinarb. Fritz Pinnow, 50 J. 4 T. Albert, S. des Arb. Karl Danke, 13 T.
Totgeburt: E., T. des Zimmermanns Max Naveau.

Neuhaldensleben.
Geburten: 9. September: Figurenfabrikant T. O. F. Beck ein Sohn. 12. September: Barbier H. Strumpf eine Tochter. 9. Sept.: Bahnarbeiter C. J. Huke eine Tochter. 8. September: Arb. F. C. Kracht ein Sohn. 11. September: Sohn, unehelich. 9. September: Oberlehrer A. Meinshausen ein Sohn.
Todesfälle: 10. Sept.: Unehelich. Tochter, 2 J. 17 T. 8. Sept.: C. F., Sohn des Fabrikarbeiters Karl Schwalenberg, 10 M. 26 T. Unehel. Tochter, 5 M. 10 T. 10. Sept.: J. M., Tochter des Lederarb. H. Buchholz, 5 T. 12. Septbr. Sohn, unehelich, 12. T. 13. Septbr.: A. E., Ehefrau des Drehers L. Götz, 50 J. 2 M. 30 T. 14. September: F., S. des Eisenbahnschaffners H. Sosath, 10 M. 2 T. 14. September: E. Krüger, unverehelicht, 26 J. 11 M. 4 T.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 221. Magdeburg, Sonnabend, den 22. September 1900. 11. Jahrgang.

Zur Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Wanzleben.

Der Kampf gegen den Umsturz

so schrieben wir gestern, ist das gemeinsame Band, welches die „Ordnungsparteien" im Wahlkreise Wanzleben in der Stichwahl zusammenhalten soll. Das bestätigte auch der konservative Kandidat, der sich am Dienstag in Wanzleben seinen Parteigenossen vorstellte, sein Programm entwickelte und einstimmig zum Kandidaten proklamiert wurde.

Herr v. Kotze erklärte zunächst, weshalb die Konservativen mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Durch die letzte Landtagswahl, wobei den Nationalliberalen das Mandat abgenommen wurde, habe sich herausgestellt, daß der Kreis vorwiegend konservativ ist. Dies sei ja auch bei der überwiegend landwirtschaftlichen Bevölkerung nur natürlich. Man kann es dieser daher nicht verdenken, wenn sie einen Landwirt als Vertreter im Reichstage haben möchte. Redner habe sich anfänglich zur Uebernahme der Kandidatur sehr reserviert gestellt, weil er die Gewißheit haben wollte, durch dieselbe wirklich nützen zu können. **Das Hauptziel aller müsse ja die Bekämpfung der Sozialdemokraten bleiben.** Die Parteien hätten nun einen eigenen Kandidaten aufgestellt und wollen es auf eine **Stichwahl** ankommen lassen. Dies hätte ja viel für sich, da hierdurch die **Wahlarbeit eine intensivere** und die Heranziehung weiter Wählerkreise gesichert ist, die bei einer Kompromiß-Kandidatur nicht an der Urne erschienen wären. Wenn, wie ihm gesagt worden sei, bei einer Kompromiß-Kandidatur ganze Ortschaften Lauheit in der Wahlarbeit gezeigt hätten, so hätte gerade dies den Sieg der Sozialisten verbürgt. Diese Erwägungen hätten den Redner bestimmt, die Kandidatur anzunehmen. Es sei jedoch zwischen den einzelnen Parteien das Abkommen getroffen worden, **zwar in der Hauptwahl getrennt zu marschieren, in jedem Falle aber in der Stichwahl vereint zu schlagen!** Es sei ja damit auch alles erreicht, was nur erreicht werden konnte. Wenn trotzdem ein unglücklicher Ausgang der Wahlkampagne eintreten sollte, so müßte nach allem, was geschehen ist, die konservative Partei eine Verantwortung entschieden ablehnen.

Die unterliegende Partei des Ordnungsmischmaschs wird also am Stichwahltage Arm in Arm mit dem siegreichen Gegner zur Wahlurne ziehen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Inzwischen mühen sich die Konservativen ab, die Kandidatur Schmidt in Mißkredit zu bringen bei den Landwirten, indem sie dieselbe als eine links-liberale bezeichnen, die absoluten Freihandel erstrebt. Hat man auf diese Weise, so kalkulieren die Konservativen, den Nationalliberalen so viel Stimmen abgenommen, daß sie aus der engeren Wahl verschwinden, dann kann man die „linksliberalen" Stimmen sehr gut zur Stichwahl gebrauchen. Und daß die „Mittelparteiler", einschießlich des Freisinns, dem Herrn v. Kotze ihre Stimme geben werden, darüber besteht kein Zweifel. Das wissen auch die Konservativen.

Das Programm des Herrn v. Kotze.

Ueber das von Herrn Kotze in der Versammlung der konservativen Vertrauensmänner entwickelte Programm lesen wir in konservativen Blättern: Herr v. Kotze entwickelte in längeren, ausführlichen Darlegungen sein Programm, als dessen Hauptpunkte er den **Schutz der nationalen Arbeit, Kräftigung der Monarchie, Wahrung der Kron- wie Volksrechte, Schutz der christlichen Familie, Stärkung der Armee und Marine, hinstellte.** Redner bezeichnete es als wünschenswert, daß zur Politik des Fürsten Bismarck zurückgekehrt werde. Ein **Schutzzoll sei für die schwer ringende Landwirtschaft unentbehrlich.** Die schlechten Erträgnisse des Kornhandels haben sehr viele Landwirte zu einem übertriebenen Rübenbau veranlaßt, was wiederum eine Ueberproduktion in der Zucker-Industrie zur Folge gehabt habe. Es müsse deshalb auch zur Hebung des inländischen Zucker-Verbrauchs eine Verminderung der Verbrauchssteuer eintreten. — Man sage immer, **der Schutzzoll verteuere das Brot.** Das sei nur ganz bedingt (!!) der Fall und stände die Verteuerung (die vornehmlichst durch den Zwischenhandel eintrete) in keinem Verhältnis zu dem Segen, den auch namentlich die landwirtschaftlichen Arbeiter (Na! na!) von einer Bessergestaltung der Lage des Landwirts haben würden. Redner ging sodann auf die soziale Frage und die Sozialdemokraten über. Er betonte, daß die Sozialdemokraten an der Gesetzgebung nicht nur nicht mitgearbeitet, sondern sich **dem Segen derselben entgegengestellt hätten.** (Das klingt sehr unklar). Das thun sie mit gutem Grund, sie wollen eben unzufriedene Arbeiter haben, die sie auf den Zukunftsstaat vertrösten können. **Der Terrorismus der Sozialisten nehme erschreckend überhand** und wenn sie auch weite Volkskreise und die Behörden durch taktisches Gemäßigtsein einlullen möchten, so sei doch für sie nur ein **Ausnahmegesetz** am Platze. Es sei gerade in Anbetracht der drohenden sozialistischen Gefahr dringend erforderlich, an der Wahlurne zu erscheinen, denn jede nicht abgegebene Stimme komme nur der Sozialdemokratie zu gute!

Also in kurzen Worten zusammengefaßt lautet das Programm des Herrn v. Kotze: **Brotwucher, reaktionäre Mittelstandsgesetzgebung** und **Liebesgaben** für die Agrarier und Handwerker, **Ausnahmegesetze** für die Arbeiter. Daneben wird Herr v. Kotze auch noch, wie aus einem Wahlaufrufe für ihn hervorgeht, für die **Weltpolitik** eintreten und **Heeres- und Flottenverstärkungen** seine Zustimmung geben.

Ein wunderhübsches Programm, welches den Segen des christlichen Generalsuperintendenten Mendelsohn vollauf verdiente. —

* * *

Die Reichstagswähler des Wahlkreises Wanzleben

müssen nun vorerst für Einsichtnahme in die Wählerlisten sorgen, wenn sie erfolgreich den Wahlkampf führen wollen. Die Listen liegen nur noch bis zum 24. September in den Bureaus der Amtsvorsteher aus. In nachfolgenden Orten sind die Listen auch an den anderen bezeichneten Stellen einzusehen:

Groß-Ottersleben:

Für die Einwohner der Magdeburgerstraße, Bäckerstraße, Schmiedestraße, Wanzlebenerstraße, Friedrichstraße, Mühlenweg, Lemsdorferstraße, Kirchenstraße, Abendstraße, Karlstraße, Teichstraße, Amtsgartenstraße, Frankenstraße, Halberstädterstraße bei **Baake.**

Für die Einwohner der Salbkerstraße, Morgenstraße, Mittagstraße, Feldstraße, Ketzerstraße, Osterweddingerstraße, Rosenstraße, Rosenwinkel, Fabrikstraße, Große Schulstraße, Kleine Schulstraße, Nelkenwinkel, Fabrikenstraße, Breitestraße, Steinstraße bei **Strumpf.**

Fermersleben:

Im Lokale der **Witwe Lausch.**

Westerhüsen:

Bei **Rudolf Koch,** Karlstraße 2, im Laden.

An den vorstehend benannten Orten kann die Wählerliste auch des Abends, so lange die Lokalitäten geöffnet sind, eingesehen werden.

Diesdorf.

In unserem Orte ist auch am **Sonntag, den 23. d. M.,** Gelegenheit gegeben, von **11½ bis 1 Uhr** beim Amtsvorsteuer die Wählerliste einzusehen. Die Gelegenheit muß von allen Arbeitern, die in der Woche keine Zeit haben, die Liste einzusehen, benutzt werden. Wer nicht in der Wählerliste steht, hat kein Wahlrecht. —

* * *

Der Sonntag ist der geeignetste Tag, um die Wählerlisten einzusehen. Versäume kein Arbeiter, dieses zu thun, denn von seiner Eintragung in die Wählerlisten hängt die Ausübung seines Wahlrechtes ab. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Brotverteurer an der Arbeit. Die Generalversammlung des hessischen landwirtschaftlichen Provinzialvereins, welche am Sonnabend in Darmstadt tagte, verlangt eine **Verdoppelung der bestehenden Getreidezölle** und wesentliche Erhöhungen der Zölle auf andere landwirtschaftliche Produkte bei der gesetzlichen Festlegung der Minimalsätze. — Das wäre also eine Erhöhung des Kornzolls von 3,50 auf **7** Mark für den Doppelcentner, und zwar als Minimalsatz, während der Maximalsatz für Länder, mit denen keine Tarifverträge zustande kommen, wie beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika, noch höher zu normieren wären. Vorsitzender dieser Generalversammlung war der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Haas, der zugleich Anwalt des allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften ist. Auch persönlich hat sich Herr Haas in einer unter der Leitung der antisemitischen Köhler und Böckel stattfindenden Versammlung des hessischen Bauernbundes für die Verdoppelung der Getreidezölle ausgesprochen; es gelte einen „rücksichtslosen Kampf für die eigenen Interessen". — Daß es auch allgemeine und nationale Interessen giebt, kommt für diesen Nationalliberalen nicht in Betracht, meint die Freisinnige Zeitung zu dieser Meldung. Das gilt be-

---

Feuilleton.

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.

(74. Fortsetzung.)

Die „Streiche," die die Maslow mit dem Krankenwärter gemacht, bestanden in Wirklichkeit in folgendem: Eines Tages, als sie die Krankenwärterin nach der Apotheke geschickt hatte, um Brustthee zu holen, war sie am äußersten Ende des Ganges dem Wärter Ustinoff begegnet, einem großen Manne mit finnigem Gesicht, der sie schon seit langer Zeit mit seinen Galanterien verfolgte. Dieser Mensch hatte sie gepackt, sie hatte sich verteidigt und sich so lebhaft von ihm losgerissen, daß sie an ein Gestell gestoßen hatte und zwei darauf stehende Flaschen zerbrach. In demselben Augenblick kam der Oberarzt durch den Gang und sagte, als er das Geräusch des zerbrechenden Glases hörte und die Maslow blutrot und mit wirren Haaren entfloh:

„Na Mütterchen, wenn Du anfängst, hier Skandal zu machen, dann werde ich Dich schnell wegbringen. Um was handelt es sich denn?" fragte er den Krankenwärter, den er mit strengen Augen anblickte.

Der Wärter begann mit seinem blöden Lachen eine lange Geschichte, in der er alles Unrecht auf die Maslow abwälzte. Der Arzt ließ ihn übrigens nicht zu Ende reden, und noch an demselben Abend wurde die Maslow auf sein Ersuchen vom Lazarett fortgeschickt.

Diese Strafe kömmerte sie an sich sehr wenig; doch der angegebene Grund betrübte sie um so mehr, als ihr der Gedanke an jede fleischliche Berührung mit einem Manne jetzt Abscheu einflößte. Nichts in der Welt demütigte und betrübte sie so sehr, als sich sagen zu müssen, daß sich jeder Mann auf Grund ihrer Vergangenheit berechtigt glaubte, ihr Gewalt anzuthun. Und als sie sich Nechludoff im Bureau genähert hatte, hatte sie die feste Absicht gehabt, sich vor ihm von den ungerechten Anklagen, die man gegen sie erhoben hatte, zu reinigen. Doch schon bei den ersten Worten, die sie zu ihm gesprochen, hatte sie gemerkt, er würde ihr nicht glauben, und alle ihre Entschuldigungen würden seinen Argwohn nur noch bestärken. Da waren ihr die Thränen in die Kehle gekommen, und sie hatte geschwiegen.

Die Maslow bildete sich weiter ein, sie könne Nechludoff, wie sie es ihm bei seinem zweiten Besuche gesagt, nicht verzeihen und hasse ihn immer noch. In Wirklichkeit aber hatte sie bei diesem zweiten Besuche angefangen, ihn zu lieben. Sie liebte ihn derart, daß sie unbewußt alles that, was er ihrer Ansicht nach nur wünschen konnte: sie hatte zu rauchen, zu trinken und an die Männer zu denken aufgehört; und um Nechludoff zu gefallen, hatte sie auch eingewilligt, im Hospital zu dienen. Alles, was sie that, that sie nur einzig und allein darum, weil sie ahnte, er wünsche es. Und wenn sie ihm jedesmal erkärte, sie wolle sein Opfer nicht, so kam das zuerst daher, daß sie sein Anerbieten zum erstenmale abgelehnt und nun ein Gefühl der Eigenliebe dabei empfand, auf ihrer Absicht zu beharren; doch es kam auch außerdem und hauptsächlich daher, weil sie fühlte, ihre Heirat mit Nechludoff würde für diesen eine Quelle des Schmerzes werden, und darum schwor sie sich mit allen Kräften zu, sein Opfer nicht anzunehmen. Gleichzeitig aber blutete ihr das Herz bei dem Gedanken, daß er sie verachtete und der Ansicht war, sie müsse stets so bleiben, wie sie gewesen, ohne die Veränderung kennen zu wollen, die sich in ihr vollzogen hatte. Der Gedanke, Nechludoff könne sie ihm Verdacht haben, Beziehungen zu dem Krankenwärter zu unterhalten, quälte sie weit mehr, als die Nachricht von der Verwerfung ihrer Berufung oder die Aussicht ihrer bevorstehenden Abreise nach Sibirien.

Siebentes Kapitel.

Die Maslow konnte zum ersten Zuge beordert werden, so daß Nechludoff keine Zeit zu verlieren hatte, wenn er seine Angelegenheiten vor ihrer Abreise noch regeln wollte. Doch die zu regelnden Angelegenheiten waren so zahlreich, daß er wohl fühlte, er würde in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit nicht damit zu stande kommen.

Seine Lage war von diesem Gesichtspunkte aus anders als in der Vergangenheit. Früher hatte er allerdings Mühe gehabt, eine Beschäftigung zu finden, und alle seine Beschäftigungen hatten nur den einzigen Gegenstand gehabt, der eben in Dimitri Iwanowitsch Nechludoff selbst bestand; was ihn übrigens nicht gehindert hatte, seine Thätigkeit damals tötlich langweilig zu finden. Jetzt dagegen hatten seine Beschäftigungen nicht mehr ihn selbst zum Gegenstand, sondern einen andern, und trotzdem interessierten sie ihn, er begeisterte sich dafür, und ihre Zahl war endlos. Die Geschäfte, die ihn in diesem Augenblick in Anspruch nahmen, teilten sich in vier Kategorien; er selbst hatte sie mit seinen etwas pedantischen Gewohnheiten so eingeteilt und die darauf bezüglichen Papiere in vier verschiedene Brieftaschen einrangiert.

Die erste Kategorie betraf alle auf die Maslow bezüglichen Angelegenheiten. Von dieser Seite aus war Nechludoff alles selbständige Handeln unmöglich, da alles von der Aufnahme abhing, die dem Gnadengesuch zu teil wurde. Die zweite Kategorie betraf die verschiedenen Angelegenheiten, die sich auf das Vermögen der Nechludoffs bezogen. In dem Dorfe, das er von seinen Tanten geerbt, und in einem andern, noch kleineren Dorfe, hatte er alle seine Aecker den Bauern geschenkt und verlangte dafür nur die Bezahlung einer Rente, die für ihre eigenen allgemeinen Bedürfnisse bestimmt war. Doch in Kuzminskoja hatte er die Dinge so gelassen, wie sie waren, als er abgereist war, das heißt, der Ertrag der Aecker sollte ihm selbst bezahlt werden. Er mußte jetzt nur noch die Zahlungstermine dieser Rente bestimmen, auch mußte er festsetzen, welchen Teil der Summe er für sich behalten und welchen Teil er den Bauern überlassen wollte. Auch bei diesem Punkte mußte Nechludoff noch warten, denn er wußte nicht, wie viel Kosten seine Reise nach Sibirien, die ihm jeden Tag wahrscheinlicher schien, verursachen würde. Die dritte Kategorie betraf die Unterstützung von Gefangenen, die sich in immer größerer Zahl fortwährend an ihn wandten. Die Zahl dieser Unglücklichen war so groß geworden, daß es Nechludoff ungemein schwer wurde, sich mit jedem einzelnen im besonderen zu befassen, ganz abgesehen davon, daß die geringen Erfolge seiner einzelnen Bemühungen nicht danach angethan waren, ihn zu ermutigen. Außerdem hatte er sich mit einer weit allgemeineren Frage zu beschäftigen, die ihm schon, als er das Gefängnis zum erstenmale betreten hatte, aufgefallen war.

(Fortsetzung folgt.)

züglich aller Nationalliberalen, die mit Freuden den Feldzug für hohe Getreidezölle mitmachen werden. —

Weltmachtsreden sind nach dem Berichte einer Berliner Korrespondenz an die zur Reserve entlassenen Mannschaften gehalten worden. Es heißt in der fraglichen Notiz: Die Entsendung neuer Truppen nach China ist bekanntlich in unendlich viel Variationen angekündigt und abgesprochen worden. Daß aber in der That etwas in der Luft liegt, hat die Entlassung der Reserven ergeben. Vor der Abreise der ausgedienten Leute in die Heimat, gewöhnlich nach dem Anerkennen der Stammrolle, versammeln die Chefs die Leute noch einmal um sich, um sie zur Treue gegen Kaiser und Reich auch im Civilverhältnis zu ermahnen. Bei den diesjährigen Abschiedsreden bildete der Chinakrieg ein Hauptmoment. Die Chefs wiesen auf die kriegerischen Verwicklungen hin und forderten die Leute auf, bei ihrer Rückkehr in die Heimat dahin zu wirken, daß die **Abgeordneten,** welche von der Chinapolitik nichts wissen wollten, von dem guten Wollen des Kaisers überzeugt würden und den Forderungen der Regierung zustimmen. „Leute", hieß es in einer solchen Rede, „unsere Brüder und Kameraden sind draußen im Felde. Ich kann Euch versichern, daß noch **Nachschübe für China nötig und geplant sind.** Ergeht an Euch der Ruf zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres, so stellt Euch alle, Mann für Mann, Eurem Kaiser, Eurem Vaterlande, um hinauszuziehen und einzustehen für das Recht und die Ehre des deutschen Reiches. . . ." Verschiedentlich sind solche Leute, welche sich zu den entsandten Expeditionen gemeldet hatten, aber wegen des Ueberangebotes zurückgestellt werden mußten, gefragt worden, ob sie ihre Meldung auch für fernerhin aufrecht erhalten. Die Antworten lauteten im Allgemeinen bejahend. Viele machten dies jedoch von den Verhältnissen in der Heimat abhängig. Den Reservisten kann es vielleicht gar nichts schaden, wenn sie sich an ihre Abgeordneten wenden, um diese zu Anhängern der Weltmachtspolitik zu bekehren. Mancher Reservist würde bei diesem Versuche, namentlich bei Sozialdemokraten, den entschiedensten Gegnern der Weltpolitik, von dem Volksvertreter Ansichten über die Expedition verlautbaren hören, die er in der Kaserne sicherlich nicht kennen gelernt hat und die daher schon wegen des Reizes der Neuheit einen großen Eindruck auf ihn machen müssen. Ob bei diesen Bekehrungsbesuchen immer der Abgeordnete der Bekehrte sein wird, erscheint uns mehr als fraglich. Uebrigens beweisen die Reden, daß man immer noch daran denkt, Truppen nach China abzuschieben. Zu welchem Zwecke denn. —

Bürgerliche Götterdämmerung. Der Mitbegründer des „Goethe-Bundes", Professor Theodor Mommsen, schrieb vor einiger Zeit an den Herausgeber der Neuen Hamburger Zeitung, als die Hamburger Zweigvereinigung des Bundes sich öffentlich dagegen verwahrte, als ob der Goethe-Bund Politik treiben wolle:

„Meine Ueberzeugung ist, daß der Goethe-Bund nicht mehr vorhanden ist. — — — Aber es ist auch nicht zu ändern, daß die Deutschen keinen Bürgersinn haben, daß sie sich bereitwilligst regieren lassen, auch auf Verlangen steuern und heuern, daß ihnen aber der **Militarismus und die Bismarckerei die Selbstbestimmung gründlich ausgetrieben haben.** Allerdings reagieren sie noch am ersten auf dem formell unpolitischen Gebiet des freien Geisteslebens, und Goethe, der Befreier, hat bessere Chancen, als Männer wie Twesten haben würden, auch wenn wir sie hätten; eben wie im 16. Jahrhundert Luther Erfolg hatte und Hutten nicht."

Entsagungsvoll bemerkt dazu die Vossische Zeitung, ein führendes Blatt des liberalen Bürgertums:

„Die Wahrnehmung, der Mommsen Ausdruck giebt, haben auch andere liberale Männer gemacht. Daß ein Bund oder Verein nicht Wandel schaffen kann, ist begreiflich. Die Ereignisse haben zu immer größerer Macht der Konservativen geführt, das Centrum zur „regierenden Partei" gemacht, **das liberale Bürgertum immer mehr entkräftet** und es, von Ausnahmefällen abgesehen, **mit der hoffnungslosen Ueberzeugung erfüllt, daß heutzutage doch alle Mühe verloren sei.** Und das natürliche Gegenstück zu diesem Bilde, **ist das stetige, ungeheure Wachstum der Sozialdemokratie."**

Wir haben nichts hinzuzufügen. —

Vom Ertrag des Burenkrieges.

„Bekanntmachung, — — Krügersdorp, den 9. Juli 1900. Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß, falls nicht sämtliche Männer, welche augenblicklich auf Kommando sind, und zu den Familien der Stadt und des Bezirkes von Krügersdorp gehören, sich bis zum 20. Juli d. J. den königlichen Behörden stellen und ihre Waffen ausliefern, deren ganzes Eigentum konfisziert und ihre Familien ohne Hilfsmittel und heimatlos auf die Straße gesetzt werden. — — — Auf Befehl. — — Kapitän M. Ritchie, Bezirks-Polizei-Kommissar." — Dieses ist der genaue Wortlaut einer der vielen „Auf Befehl"-Bekanntmachungen, die seit zwei Monaten im Freistaat und in Transvaal an der Tagesordnung sind. Der beste Kommentar hierzu wird die Wiedergabe eines Leitartikels des Londoner Blattes Star sein:

„Es giebt unter uns immer noch Leute, die sich gelegentlich wundern, warum die Buren ihren Widerstand fortsetzen. Unsere Gegner haben heute längst erkannt, daß sie jede Hoffnung auf europäische Intervention aufgeben müssen, und daß das offizielle Europa sich damit zufrieden giebt, daß England seine besten Kräfte an das südafrikanische Problem verschwendet. Die Männer, die jetzt immer noch unter Botha kämpfen, müssen daher wohl durch andere Leidenschaften angefeuert werden, als durch trügerische Hoffnungen. Sie können durch die Fortsetzung des Krieges nichts gewinnen — und dennoch kämpfen sie weiter. Die

Ausschneiden!

Wohnungswechsel.

Expedition der Volksstimme

Jakobstraße 49.

Ich ersuche Sie, die mir in meine **bisherige** Wohnung

_____ gesandte

Volksstimme vom _____

ab in meine **neue** Wohnung **nach** _____

_____ zu senden.

Unterschrift:

☞ Wir bitten, im Bedarfsfalle den obigen genau ausgefüllten Ausschnitt an unsere **Expedition** zu senden oder unseren **Kolporteuren** zu übergeben, worauf umgehend die Zustellung an die gewünschte Adresse erfolgen wird. —

oben wiedergegebene Proklamation wirft vielleicht etwas Licht auf dieses Problem. Die Buren hegen einen Haß gegen uns, welcher durchaus nicht grundlos ist, und eine Entrüstung, die durchaus gerecht erscheint. Wir haben den Krieg provoziert, wir haben ihn fortgesetzt, nachdem unsere Ehre längst rehabilitiert war, und wir fahren jetzt fort, zu kämpfen, mit keinem anderen Motiv, als dem der häßlichsten Ländergier. Was zuerst ein ehrlicher Krieg war, artete jetzt in organisierte Freibeuterei aus, und es herrschen auf dem Kriegsschauplatze zur Zeit derartige Zustände, daß ein Mensch mit einem englischen Namen und mit dem Rang als Hauptmann, ein Mann, der jedenfalls auf den Titel „Gentleman" Anspruch macht, eine Proklamation veröffentlicht, in welcher er androht, 1. zu rauben und zu zerstören und 2. die Weiber und Kinder derjenigen Männer auf die Straße zu werfen, welche gegen uns für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Früher und auch noch jetzt pflegten wir mit der Ritterlichkeit unserer Soldaten zu renommieren, und selbst Räuber und Banditen in der englischen Tradition haben immer wenigstens die Frauen respektiert. Kapitän Ritchie wirft alles dieses über den Haufen! Diese Proklamation zirkulierte bereits eine ganze Woche in dem Rustenburg-Bezirke, bevor einige englische Gentlemen ihrer ansichtig wurden und darüber in Empörung gerieten. Auf Veranlassung dieser Herren wurde sie dann unterdrückt und in weniger brutalem Wortlaut neuerdings veröffentlicht, während hohe Belohnungen für das Einbringen aller noch in Cirkulation befindlichen Exemplare ausgeschrieben wurden, damit nur eine derartige Brutalität nicht in England bekannt würde. Glücklicherweise giebt es aber noch Offiziere in unserem Heere, die nicht an Rhodesscher Verrücktheit und Brutalität leiden und mehr menschlich fühlen. Im übrigen differiert der Inhalt dieser erbärmlichen Bekanntmachung nur wenig von einer anderen, die in Prätoria vor kurzem auf Befehl des Feldmarschalls Roberts publiziert wurde und sich dahin äußerte, daß — „die Frauen aller Buren, welche noch unter Waffen stehen, sich morgen bei der Militärbehörde zu melden haben, um in die feindlichen Linien gesandt zu werden." — Dieser Befehl wurde ausgeführt und einige 600 Frauen, einschließlich der Frau Krüger, wurden aus Prätoria vertrieben. Diese Maßregel vollzog sich in Wirklichkeit genau im Sinne der Ritchieschen Proklamation, denn die Burenfrauen mußten Haus und Hof, Stube und Bett verlassen, und die früher von Roberts garantierte „Sicherheit" in der eroberten Hauptstadt mit den Gefahren, Strapazen und Entbehrungen des Feldlagers vertauschen. Dies geschah vom britischen Hauptquartier aus! Unsere Offiziere, hoch oder niedrig, sind durch den Krieg verroht und haben das gewöhnlichste menschliche Gefühl verloren. Sie werden „im Namen von Englands Königin" fortfahren, die Weiber und Kinder der Buren hilflos und heimatlos zu machen, und das — „von Rechts wegen".

Das sind Blicke in den Ertrag jenes unseligen Krieges, die wahrhaft niederschlagend wirken: Ein zu Boden geworfenes und, am Boden liegend, mißhandeltes Volk, eine verwilderte Soldateska, verrohte Offiziere, Brutalität, Rechtsbrüche, Vergewaltigungen — kurz, eine solche Fülle von Scheußlichkeiten, daß das menschliche Gefühl bei ihrer Betrachtung nur heiße Empörung empfinden kann. — Da sehen wir einen Greis, der ein langes Leben und viele Jahre an erster Stelle stets das Wohl seines Volkes im Auge gehabt, vielleicht ja in nicht immer richtigen Maßnahmen, um jeglichen Erfolg seines Lebenswerkes betrogen; wir werden ihn, wenn sich die betreffende Nachricht bewahrheitet, in Bälde in Europa bei den Machthabern als — Bettler, nicht um Tausende von Kriegern, die jetzt zum Hunnenkriege gegen China gerade gut genug waren, sondern um friedliche, aber wohlwollende — entschiedene Vermittlung erscheinen sehen. Und das voraussichtlich ohne Erfolg. Die herrlichen diplomatischen „Beziehungen" dürfen um der paar Buren willen nicht „getrübt" werden. Der Rat der Machthaber Europas fällt auch jetzt noch nicht dem Schandthaten über Schandthaten verübenden Albion in die Arme und wird es aller Voraussicht nach **auch nicht auf Krügers noch so inständiges Bitten** thun. — Der Beutejäger John Chamberlain und seine Mitstrolche Cecil Rhodes usw. werden ihren schändlichen Raub ungestört von dem die Kultur, die Civilisation, die Menschlichkeit hochpreisenden Europa einsacken können. Und das nennt man dann **„Imperialismus"**, — solche Erträge zeitigt diese neueste „weltpolitische" Politik! —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Berliner **Möbeltransportarbeiter** haben ein erfolgreiche Lohnbewegung, die ihnen Lohnerhöhungen von 4 bis 6 Mark pro Woche einbrachte, beendet. —

Die **Glaser** Berlins sind in den Ausstand eingetreten.

Der Versuch, den **Ausstand der Militäreffektenarbeiter** in Berlin durch Vergleich zu erledigen, ist endgültig gescheitert. Die Fabrikanten weigerten sich, die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen und erklärten sich zu einer Lohnerhöhung nur bereit, wenn diese in Deutschland bei allen Fabrikanten gleichmäßig vorgenommen würde.

Erfolgreich waren, wie bereits mitgeteilt worden, die **Einigungsverhandlungen der Buchbinder,** die in Leipzig auf Veranlassung des Tarifamtes der Buchdrucker stattgefunden haben. Zunächst ist eine Einigung über die allgemeinen Bestimmungen herbeigeführt worden. Der Minimalstundenlohn ist auf 44 Pfennig, im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit auf 38 Pfennig festgesetzt worden, mit 5 Prozent Zuschlag für Leipzig und Berlin; Frühstück- und Vesperpausen werden mitbezahlt. Außerdem ist die Frauen- und Mädchenarbeit geregelt worden. Der Tarif tritt mit dem 15. Oktober in Kraft und wird voraussichtlich auf 3 Jahre Gültigkeit erhalten. Die Verhandlungen über den Tarif für die Accordarbeit begannen am Mittwoch. Die Prinzipale haben erklärt, daß, nachdem sich die Gehilfen mit der Feststellung der allgemeinen Bestimmungen einverstanden erklärt haben, in den weiteren Verhandlungen größere Differenzen kaum hervortreten werden. Für Stuttgart und Leipzig ist wohl anzunehmen, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird. In letzterem Orte beschlossen die Ausgesperrten bereits demgemäß. Anders liegt die Sache jedoch für die Berliner Buchbinder. Die Berliner Vertreter haben den Abmachungen nicht zugestimmt, so daß hier der Streik fortdauert. —

Ein Straßenbahnmusterbetrieb. Das Sächsische Volksblatt in Zwickau hatte vor kurzem mitgeteilt, daß die Zwickauer Straßenbahn-Direktion ihren Angestellten im ganzen Jahr nicht einen einzigen freien Sonntag gewährt. Die Direktion hat es bis jetzt nicht gewagt, diese Behauptung zu widersprechen. Wie nun unser Bruderblatt erfährt, ist das Gebaren der Direktion noch viel verwerflicher, als es anfangs den Anschein haben mochte. Von berufenster Seite wird ihm mitgeteilt, daß die Direktion ihren Angestellten selbst die „freien" Tage, die sie ihnen gnädigst „gewährt", noch obendrein — am Lohne kürzt! Dank dieser Praktiken verzichten die meisten der Angestellten freiwillig auf den ihn alle 10 Tage (!) zustehenden Urlaub, um nicht den Lohn für diesen Tag einbüßen zu müssen! Was diese ununterbrochene Thätigkeit in einem Betriebe, in dem die Leute täglich 12 bis 13 Stunden im Dienste sein müssen, für die Gesundheit der Angestellten bedeutet, läßt sich denken. Das sind unerhörte Zustände, die noch unter den Zuständen an der Magdeburger Straßenbahn stehen. Das will viel sagen. —

Der Verband der **Handschuhmacher** beschloß durch Urabstimmung mit 1475 gegen 691 Stimmen die Erhöhung der Beiträge auf 45 Pf. pro Woche. —

Ein Riesenstreik. Der in dem amerikanischen Anthracit-Kohlengebiete in Pennsylvanien ausgebrochene Streik dürfte einer der bedeutendsten der amerikanischen Industrieentwicklung werden. Der Grubenarbeiterstreik legt, so wird der Frankfurter Zeitung aus Newyork gemeldet, den Bergbetrieb im Lakawanna-Thal vollständig lahm, während in der Nähe von Shamokin und Hazelton, wo der Verband schwache Stellen hat, noch gearbeitet wird. Dort werden die Streikführer selbst energisch eingreifen, um die Leute zum Verlassen der Arbeit zu bewegen. In den letzten zwei Tagen noch traten 5000 Mann dem Verband bei. Die Bahnbeamten der Lehigh Valley-Bahn hielten eine geheime Sitzung ab, um darüber schlüssig zu werden, ob sie die Beförderung der Züge verweigern wollen, auf welchen nicht von Verbandsleuten geförderte Kohle ist. Der Erzbischof Ryan von Philadelphia erklärte, nach einem gründlichen Studium der Lage sei er der Ueberzeugung, daß die Grubenbesitzer mehr Lohn zahlen sollten. Dem W. Tagbl. wird gemeldet, die Gruben, in denen noch gearbeitet wird, seien von den Besitzern mit Stacheldraht umzäunt und Detektives in Menge aufgestellt worden, um die Annäherung der Streikenden zu verhindern. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. September 1900.

(Nachdruck verboten.)

Am 15. Juni 1899, nachmittags, bemerkte der Schlachthofaufseher Krümmel hier, daß der Fleischergeselle Wesche, der damals bei dem Fleischermeister Strube arbeitete, von der Hohendodelebenerstraße her eine Rinderkeule, die alt und etwas schmierig aussah, auf den Schlachthof in die Kühlzelle der Witwe Kuhlmann, Bertha geborene Strube, von hier, trug. Bald darauf erschien der Fleischermeister August Hasenkrüger von hier, sah sich das Fleisch an und ließ die Keule mit noch anderen Stücken in seine Kühlzelle schaffen. Dem Aufseher kam dies umsomehr verdächtig vor, als ihm bekannt war, daß von auswärts vielfach schlechtes Fleisch, versehen mit einem falschen Stempel, eingeführt wurde. Er erstattete daher sofort Anzeige, worauf die Kühlzelle des Hasenkrüger amtlich versiegelt wurde. Am folgenden Morgen untersuchte der Obertierarzt Misto die beschlagnahmten Fleischstücke und fand, daß sie von einem mageren kranken Tiere herstammten. Das Fleisch war an der Oberfläche schmierig und roch nach Fäulnis. Nach seinem Gutachten waren die oberflächlichen Teile als gesundheitsschädlich zu erachten. Das Fleisch wurde als verdorben beschlagnahmt, da nicht mehr festzustellen war, an welcher Krankheit das Tier gelitten hatte. Die Witwe Kuhlmann und Hasenkrüger hatten sich heute wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verant-

worten. Die Anklagebehörde nimmt an, daß sie die Verdorbenheit des Fleisches kannten. Frau Kuhlmann erklärte, sie habe das Fleisch bereits 14 Tage lang im Besitz gehabt und zweimal auf dem Wochenmarkte feilgehalten. Es sei unansehnlich geworden und sie habe es an Hasenkrüger verkauft, der 40 Pf. für das Pfund habe zahlen sollen. Für verdorben habe sie das Fleisch nicht gehalten. Hasenkrüger behauptete, er habe das Fleisch abends in der Kühlzelle der Mitangeklagten gekauft, es nicht genau gesehen und für gesund angenommen. Für verdorbenes Fleisch würde er den Preis von 40 Pf. pro Pfund sicher nicht angelegt haben. Er habe nicht beabsichtigt, das Fleisch zur Lieferung an die Garnison mit zu verwenden. Aus der umfangreichen Beweisaufnahme ging hervor, daß Hasenkrüger sich eines guten Rufes erfreut, während über Frau Kuhlmann das Gerücht geht, daß sie Polkafleisch auf den Wochenmarkt bringt, das von auswärts eingeführt und mit einem falschen Stempel versehen ist. Ihre frühere Dienstmagd Behrends bekundete aus der Zeit vom Dezember 1898 bis zum 15. Mai 1899, daß Frau Kuhlmann häufig von auswärts Fleisch bezog, das in der Schlafstube oder auf dem Heuboden versteckt wurde. Es roch oft und sah grünlich und schwarz aus. Wenn es schlecht aussah, wurde es durch Herausschneiden verdorbener Teile sauber gemacht und dann auf den Wochenmarkt geschafft. Der Fleischergeselle Wild war im Jahre 1899 Soldat und mit dem Abstempeln von Fleisch betraut, das Hasenkrüger an das Proviantamt lieferte. Zeuge bekundet, am 15. Juni 1899 habe Hasenkrüger ihn abends aufgefordert, in seine Kühlzelle zu gehen und dort Fleisch abzustempeln, was am nächsten Morgen geliefert werden sollte. Er gewann die Vermutung, daß Hasenkrüger ihn verleiten wollte, Fleisch abzustempeln, daß nicht vorschriftsmäßig geschlachtet war und wies das Ansinnen mit der Erklärung zurück, er komme am Morgen zum Abstempeln. Der Gerichtshof nahm auf Grund der Verhandlung an, daß die Oberfläche des Fleisches gesundheitsschädlich war und daß beide Angeklagten wußten, in welcher Beschaffenheit das Fleisch war. Hasenkrüger habe gesehen, was er kaufte und der vereinbarte geringe Preis habe ihm klar legen müssen, daß er minderwertiges Fleisch kaufte. Dadurch, daß es in seine Kühlzelle gebracht wurde, wo es der Soldat stempeln sollte, habe Hasenkrüger zu erkennen gegeben, daß er versuchte, das Fleisch in den Verkehr zu bringen. Das Verkaufen von Polkafleisch müsse im Interesse des Publikums energisch bestraft werden. Das Urteil lautete demgemäß wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz gegen die Witwe Kuhlmann auf 3 Wochen, gegen Hasenkrüger auf 2 Wochen Gefängnis. Zugleich wurde auf Veröffentlichung in der Magdeburgischen Zeitung erkannt. —

Der Mord in Konitz. Der Hamburger Korrespondent ist in der Lage, den wesentlichen Inhalt der Urteilsbegründung im Prozeß gegen Israelski in Konitz wie folgt, mitzuteilen: „Auf Grund der mündlichen Hauptverhandlung ist folgendes erwiesen: Der Gymnasiast Ernst Winter verschwand am 11. März d. J.; Teile seiner Leiche sind am 13. und 18. März, sowie am 15. April gefunden worden. Das Gericht hat bezüglich des Todes für erwiesen erachtet, daß er von Menschenhand auf gewaltsame Weise hervorgerufen ist, und schließt sich dem Gutachten des Sanitätsrates Dr. Müller an, daß mit dem Gutachten der Sachverständigen Störmer und Mittenzweig übereinstimmt und unter deren unmittelbaren Eindruck auf Grund der Sektion und der Inaugenscheinnahme abgegeben worden ist. Das Gericht hat aber auf Grund dieser Gutachten zu keinem festen Resultat über die Art der That gelangen können; denn die Herren sprechen sich nur für Wahrscheinlichkeit aus. Deshalb hat nicht festgestellt werden können, ob Erstickungsversuch und Verblutung oder Erstickung allein vorliegt. Das Verbrechen ist begangen worden, eine Reihe von Zeugenaussagen spricht dafür, daß möglicherweise der Angeschuldigte Leichenteile beseitigt, also den Mörder begünstigt hat. Ein direkter Beweis für die Schuld des Angeklagten ist hier nicht erbracht worden. Man hat ihn gesehen, daß er mit einem Sack am Charfreitag gegangen und ohne Sack wiedergekommen ist. Es ist aber nicht erwiesen worden, daß der Kopf Winters sich im Sack befunden hat; durch das Zeugnis des Boteumeisters Fiedler ist nicht erwiesen worden, daß er (Israelski) zur Fundstelle gegangen ist. Er hat ihn nur in der Gegend nach dem Schützenhause gehen und von dort kommen sehen. Ob er an der Fundstelle gewesen ist, kann Fiedler nicht bekunden. Ebenso hat der Gerichtshof nicht für festgestellt erachtet, daß ein Schächtschnitt an Winter vorgenommen ist. Der neue Sachverständige hat die Möglichkeit eines Schächtschnittes zugegeben, eine Feststellung konnte der Gerichtshof nicht treffen. Nach alledem konnte nicht für erwiesen erachtet werden, daß der Angeklagte der That schuldig ist, er mußte deshalb freigesprochen werden." —

Vor dem Schwurgericht zu Bremen steht jetzt der österreichische Tischler Kost unter der Anklage der Ermordung seiner Braut. Er war nach der bei Bremen verübten That nach Amerika ausgewandert. Seine Auslieferung an Oesterreich wurde abgelehnt, an Bremen aber genehmigt. Es sind 35 Zeugen vorgeladen. Der Angeklagte läugnet hartnäckig. Der Prozeß wird mehrere Tage beanspruchen.

Vermischte Nachrichten.

Ein furchtbares Drama auf dem Meere, so wird aus Adelaide geschrieben, hat jetzt seine Sühne gefunden — von fünf Mördern büßten zwei mit dem Tode, drei wurden zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt. Die „Ethel", eine Brigantine von 150 Tonnen Gehalt, betrieb Perlenfischerei an der Küste Westaustraliens. Die Besatzung bestand aus dem Kapitän (und Eigentümer) John Nidell, dessen Sohn Leslie, dem Steuermann J. Taylor und 15 Mann (Chinesen, Malayen 2c.), darunter sechs Eingeborenen aus Manila. Die „Ethel" segelte von Broome ab und war urplötzlich verschwunden. Man schöpfte nach einiger Zeit Verdacht, nach allen Seiten wurden von der Versicherungsgesellschaft und Polizei Kabeldepeschen gesandt und bald kam die Nachricht, die sechs Manilaleute seien in Makassar auf Celebes festgenommen worden. Unter sicherer Bedeckung wurden sie nebst drei Zeugen nach Perth gebracht, und der Prozeß ergab ein wahrhaft grauenvolles Bild. Von Rache und Habsucht getrieben, beschlossen die Tagalen, die drei Weißen zu töten, sich der Wertsachen zu bemächtigen und dann zu flüchten. In einer stürmischen Nacht wurden die Opfer hinterrücks überfallen und mit Beilen und Messern furchtbar zugerichtet; die übrige Mannschaft wurde gezwungen, die Leichen zusammenzubinden und ins Meer zu werfen. Dann erbrachen die Unholde alle Behälter und Vorratskammern und thaten sich gütlich. Etwa eine Woche lang wurde nun hin und her gekreuzt; am meisten fürchtete Pedro Perrez, der Führer der Meuterer, den australischen Eingeborenen Jack, der mit zur Besatzung gehörte. Als dieser eines Tages ruhig sein Mittagbrod verzehrte, schoß ihm Perrez eine Kugel durch den Kopf. Am gleichen Tage wurde der Japaner Audo getötet. Eine Woche später kam eine Insel in Sicht; die gesamte Mannschaft bestieg die beiden Boote; in jede Seite der „Ethel" wurden tiefe Löcher geschlagen und das schöne Schiff versank in die Tiefe. Am Lande aber gelang es dem chinesischen Koch, zu entwischen und bald genug waren die Mörder in den Händen der Polizei. — Unter ganz ähnlichen Umständen verschwand nach der Vossischen Zeitung die Brigg „Heather Bell" spurlos — Schiff und Mannschaft mußten als verschollen erklärt und die hohe Versicherungssumme ausbezahlt werden. —

Altenburger Baukunst. Viel belacht wird hier, schreibt die Altenburger Volkszeitung, eine Entdeckung, die man machte, als der Postneubau so ziemlich fertig war. Als nämlich die elektrischen Postwagen in die dazu bestimmte massive Halle gebracht werden sollten, stellte es sich heraus, daß dieses Gebäude zu niedrig war! Die Verblüffung ob dieser Entdeckung war natürlich allgemein. Es bleibt nun nichts anderes übrig, als das Pflaster des Hofes tiefer zu legen, denn man kann unmöglich den ganzen Oberbau der Halle wieder abtragen. Der Hof wurde zuerst gepflastert, dann wurde aufgerissen, um die Schienen zu legen, wieder gepflastert, muß nun nochmals aufgerissen werden, damit die Tieferlegung möglich ist, dann wird nochmals gepflastert. Wenn aber die Schienen schließlich niedriger gelegt sind, wird wieder der Wagen nicht an die Rampe der Pakethalle passen. Man darf also gespannt sein, wie die Geschichte gemacht wird. Verschiedene Produkte Altenburger Baukunst müßte man einmal auf eine Ausstellung schicken, man würde zwar nicht Diplome, aber stürmische Heiterkeit erregen. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Naturheilverein Buckau. Sonntag, den 23. September, Ausflug nach Westerhüsen. Abmarsch nachmittags 2 Uhr vom Straßenbahndepot. —

Sonnabend, 22. September:

Verband der Sattler und verwandten Berufsgenossen. Versammlung abends 8½ Uhr bei Thiering, Grünearmstr. 28.

Central-Krankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Neustädter Hof", Jakobstraße.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Wilhelmstadt. Jeden Sonnabend Zahlabend im „Wilhelmstädter Hof".

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Jeden Sonnabend abend 8 Uhr Zahlabend im „Schoppen", Rogätzerstr. 73. —

Verband städtischer Arbeiter, Filiale I. Abends 8 Uhr Mitgl[illegible]versammlung im Lokale des Herrn G. Winter, Rogätzerstraße.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer. Filiale Neustadt. Zahlabend bei Hübner, Schmidtstraße 58.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Magdeburg-Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr bei Schall, Fabrikenstr. 5/6.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Filiale Neue Neustadt. Abends 8 Uhr Zahlabend bei Fritz Kellner, Leopoldstr. 13.

Freie Kranken- und Sterbekasse für Anhänger des Naturheilverfahrens, Filiale Neustadt. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, abends 8—9 Uhr, Zahlabend in Höltges Restaurant Morgenstr. 30. Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Jeden Sonnabend abends von 8—10 Uhr im Restaurant „Deutscher Hof", Michaelstr. 16, Zahlabend.

Barleben. Verband der Maurer. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats Versammlung bei C. Schrader (Gasthof zur goldenen Kugel.)

Dahlenwarsleben. Arbeiter-Gesangverein „Sängerbund". Jeden Sonnabend Uebungsstunde.

Gesangverein „Freundesbund", Olvenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei Hirschfeld. Gesangslustige Freunde sind willkommen.

Athleten-Klub „Falke" Diesdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8 Uhr an Uebungsstunde bei Hildebrandt.

Niederndodeleben. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Sonnabend Uebungsstunde beim Gastwirt Hornemann. Gesanglustige Freunde sind willkommen.

Hohendodeleben er Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Sonnabend abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Syrtus.

Männer-Turnverein Lemsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Uebungsstunde.

Westerhüsen. Männer-Turnverein Westerhüsen. Jeden Mittwoch und Sonnabend Turnstunde bei Bräutigam.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Burg. Verein Deutscher Schuhmacher. Versammlung vormittags 11 Uhr in der „Guten Quelle".

Briefkasten.

7 Genossen aus Magdeburg. Am 3. Februar 1899. — **Gd. Z., Burg.** Nach § 1301 u. 1302 des B. G. B. ja. — **A. R.,** Gr.-Ottersleben. Sie haben recht. Ein Hauptmann kann nur 3 Tage, ein Major 14 Tage und das Regiment 4 Wochen Arrest verhängen.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt . .	19. Sept.	+ 1.00	20. Sept.	+ 1.05	—	0.05
Trotha	„	+ 1.28	„	+ 1.28	—	—
Alsleben . . .	„	+ 1.08	„	+ 0.08	—	—
Bernburg . . .	„	+ 0.75	„	+ 0.75	—	—
Calbe, Obervegel	„	+ 1.30	„	+ 1.40	—	0.10
do. Unterpg.	„	+ 0.04	„	+ 0.06	—	0.02
Mulde.						
Dessau . . . . Muldebrücke	19. Sept.	— 0.12	20. Sept.	— 0.10	—	0.02
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau .	18. Sept.	— 0.06	19. Sept.	— 0.03	—	0.03
Laun	„	— 0.43	„	— 0.46	—	0.03
Budweis . . .	„	— 0.12	„	— 0.12	—	—
Prag . . .	„	— 0.44	„	— 0.44	—	—
Elbe.						
Pardubitz . . .	18. Sept.	— 0.25	19. Sept.	— 0.24	—	0.01
Brandeis . . .	„	— 0.10	„	— 0.14	0.04	—
Melnik	„	— 0.59	„	— 0.61	0.02	—
Leitmeritz . . .	„	— 0.52	„	— 0.52	—	—
Außig	19. „	— 0.40	20. „	— 0.47	0.01	—
Dresden . . .	„	— 1.69	„	— 1.66	—	0.03
Torgau	„	+ 0.12	„	+ 0.10	0.02	—
Wittenberg . . .	„	+ 0.91	„	+ 0.87	0.04	—
Roßlau	„	+ 0.34	„	+ 0.35	—	0.01
Barby	„	+ 0.54	„	+ 0.46	0.08	—
Schönebeck . . .	„	+ 0.27	„	+ 0.25	0.02	—
Magdeburg . .	20. „	+ 0.72	21. „	+ 0.70	0.02	—
Tangermünde . .	19. „	+ 1.11	20. „	+ 1.12	—	0.01
Wittenberge . . .	„	+ 0.75	„	+ 0.74	0.01	—
Dömitz, Pegel .	„	+ 0.09	„	+ —	—	—
Lauenburg . .	„	+ 0.22	„	+ 0.25	—	0.03
Havel.						
Brandenburg . . Obervegel	18. Sept.	+ 2.03	17. Sept.	+ 2.02	0.01	—
do. Unterpegel	„	+ 0.68	„	+ 0.68	—	—
Rathenow . . .						
do. Oberpegl	„	+ 1.32	„	+ 1.34	—	0.02
do. Unterpegel	„	+ 0.35	„	+ 0.33	0.02	—
Havelberg . . .	„	+ 0.10	„	+ 1.10	—	—
Oder.						
Kosel	18. Sept.	+ 0.80	19. Sept.	+ 0.83	—	0.03
Brieg Oberpegel	„	+ 4.34	„	+ 4.28	0.06	—
do. Unterpegel	„	+ 1.58	„	+ 1.54	0.04	—
Breslau Oberpg.	„	+ 4.76	„	+ 4.64	0.12	—
do. Unterpegel	„	— 1.08	„	— 1.06	—	0.02
Frankfurt . . .	17. „	+ 0.64	18. „	+ 0.65	—	0.01
Küstrin	„	+ 0.20	„	+ 0.18	0.02	—
Warthe.						
Posen	18. Sept.	— 0.08	19. Sept.	— 0.08	—	—
Küstrin	17. „	— 0.48	18. „	— 0.49	0.01	—
Weichsel.						
Thorn	15. Sept.	+ 0.02	16. Sept.	+ 0.02	—	—

Meine Geschäftslokalitäten bleiben am Montag, den 24. September gänzlich und am Dienstag, den 25. September bis 6 Uhr abends geschlossen.

H. Lublin.

2543

Pariser Mode

einzelne Nummern stets vorrätig.

Preis 10 Pfg. **Preis 10 Pfg.**

Buchhandlung Volksstimme.

Fleisch-Offerte.

Rindfleisch	60	Pfg.	Gehacktes Rindfleisch	70	Pfg.
Schweinefleisch	60	„	Gehacktes Schweinefleisch	60	„
Hammelfleisch	60	„	Schmalz	60	„
Kalbfleisch	60	„	Rotwurst	60	„
Nacken und Karbonade	70	„	Leberwurst	60	„
Geräucherte Bratwurst	70	„	Schmorwurst	60	„

Dassämtliche Vieh wird auf dem städt. Schlachthof geschlachtet.

2554 **Buckau, Bernburgerstraße 6.**

Möbel

selten billig
bei sofortiger

Barzahlung

Bettstellen mit Matratzen	20 Mk.
Einzelne Bettstellen . .	10 „
Echt nußbaum Kleiderschränke	40—45 „
Nußb. Sofa, pa. Bezug .	30—35 „
Diwan, rotbr. Bezug . .	50—60 „
Garnitur, rotbraun . . .	80 „
Trumeau m. Untersatz . .	52 „
Nußb. Waschtoiletten .	20 „
Sofatische, 2 Säul., nußb.	14 „
Regulateure m. Schlagwerk	13.50 „
Spiegel, nußb. oder birk. mit Muschel	15 „
Stühle in nußbaum oder roh poliert	2—3 „
Kommoden und Pfeilerschränke	15—18 „
Vertikows, nußb. od. birk. imitiert	25—30 „
Küchenschränke u. Anrichten	18—25 „
Küchentische	7.50—10 „
Küchenstühle	2 „
Kinderwagen	10—20 „

Sämtliche Sachen sind noch sehr gut erhalten, welche kurze Zeit an Herrschaften vermietet waren, sowie auch zum Teil durch Transport leicht beschädigt.

Die **Polstermöbel** sind in **eigener Werkstatt** angefertigt und übernehme **jede Garantie.**

Gekaufte Möbel können nach Uebereinkunft **kostenlos** lagern.

Lieferung frei Haus oder Bahn bis 10 Meilen Umkreis. 2552

A. Friedländer

Magdeburg
Breiteweg 118, 1. Etage.

Schuhwaren! 807

Billig! Billig! Billig!

Herren- u. Damenstiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand- und Kinderschuhe, Pantoffeln, auch aus Konkursmassen stammende Waren

Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Billig! Billig! 2178

20 Kinderwagen

werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher **Abzahlung** von 1.00 Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichsstraße 14
1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Reeller Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung

nach 2479

Kronprinzenstrasse 13.

Verkaufe, um mit meinem großen Lagerbestande zu räumen,

Glacé-, Sommer- u. Winter-Handschuhe
Krawatten, Träger usw.

bis Ende September
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Heinrich Hubert, Handschuhfabrik

Kaiserstrasse 97.

Breiteweg 30a — **Magazin Neustadt** — **Ecke Luisenstr.**

Neu eingetroffen: 2558

Grosse Sendung weisse und dekor. Tassen spottbillig.

Zum Umzug empfehle:

Gardinenstangen | **Zugrouleau-Einrichtungen** | **Gardinenbretter**

Rosetten, hell und dunkel

Tischlampen von 1.65 Mk. an | **Küchenlampen von 25 Pf. an**

Reichhaltige Auswahl in
Emaille, Glas, Porzellan, Steingut und sämtliche **Haus- und Küchengeräte.**

M. Wohlgemuth's Wurstfabrik

— Gegründet 1891 — — Gegründet 1891 — 2507

empfiehlt seine vorzüglichen

ff. Jauersche und Saucischen.

Mein Stand während der Messe befindet sich in diesem Jahre an den Karussells.

Roeder & Drabandt

Leder-Handlung 103

Magdeburg, Himmelreichsstraße 6|8
und Jakobsstraße 25

erbitten bei Bedarf Ihren werten Besuch.

Koffer Koffer

Holzkoffer, glatt und mit Stoff bezogen, alle mit Oelfarbe gestrichen, mit Eisenbeschlag und Schutzleisten versehen, mit und ohne Einsatz von 5—12 Mk. **Handkoffer**, mit und ohne Holzboden, auch mit und ohne Falten von 2.50 Mk. an. **Reisetaschen** von 3 Mk. an bis zu den feinsten. **Rindledertaschen. Damen-Hand- u. Arbeitstäschchen**, sowie **Kuriertaschen**, alle von 1 Mk. an, sowie sämtliche **Reiseartikel** kauft man am billigsten bei 2480

Rud. Brüning, Magdeburg-Buckau
Schönebeckerstr. 21, schrägüber d. Kirche.
Auf eine volle Mark gebe 5 Proz. Rabatt in bar.

---

* Zum Waschen und Plätten empfiehlt sich Martha Wehlan, Fürstenufer 12.

Möbel

in größter Auswahl

Eigene Fabrikation, daher billigste Preisstellung.

Kleiderschränke	von 28—100 Mk.
Sofas	von 45—100 „
Bettstellen . . .	von 15—100 „

sowie sämtliche andere Möbel.

W. Schottstedt, Große Münzstraße 19.
Preislisten gratis und franko. 2327

Gummi-Tischdecken in reizenden Mustern von 50 Pfg. an.

Gummi-Wandschoner, hinter Waschtische, von 75 Pfg. an.

Gummi-Tischläufer, zum Schonen des Tischtuches in entzückenden Mustern von 50 Pfg. an

Gummi-Küchenspitze Preis 8 u. 10 Pfg. per Meter, in großer Muster-Auswahl.

Gummi-Tablettdeckchen in reizenden Mustern von 10 Pfg. an.

Gummi-Wirtschaftsschürzen von 1 Mark an.

Gummi-Kinder-Schürzen in entzückenden Mustern und modernen Facons von 40 Pfg. an.

Gummi-Bettelnlagen abgepaßt und vom Stück, Reste bedeutend billiger, Unterlagen für Kinder von 20 Pfg. an, für Erwachs. von 1 Mark an.

Markttaschen, Wachstuch-Reste

Linoleum-Läufer M 120 von 65 Pfg. an per Meter.

Linoleum-Teppiche von 3.25 Mark an per Stück.

Linoleum zum Auslegen ganzer Zimmer 2 Meter breit, von 1.15 Mark an per □-Meter.

Linoleum-Reste zu reduzierten Preisen.

Hugo Nehab

Spezial-Geschäft
für Gummiwaren, Wachstuche und Linoleum

Magdeburg, Johannisbergstrasse 2
am Alten Markt
gegenüber den Rathaus-Kolonnaden.

Großer

Möbel-

2356 **Verkauf!**

Günstige Gelegenheit für Brautleute und Wiederverkäufer!

Paul Meissner

Tischlermeister
Hasselbachstraße 3